Institut für Staatspolitik

Wissenschaftliche Reihe – Heft 5

Die „Neue Rechte“

Sinn und Grenze eines Begriffs

IfS

Die „Neue Rechte“

Sinn und Grenze eines Begriffs

Wissenschaftliche Reihe – Heft 5
Arbeitsgruppe 2: Politische Kultur

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
Fax 034632-90941 · www.staatspolitik.de

Inhalt

An Stelle eines Vorworts 5

Ursprung des Begriffs 6

Die Neue Rechte der siebziger Jahre:
Progressiver Nationalismus und *Nouvelle Droite* 8

Die Neue Rechte seit Beginn der achtziger Jahre:
Die volkskonservative Position 14

Rainer Zitelmann und die Idee einer „Neuen Demokratischen Rechten“ 22

Theoretische Ansätze zur Interpretation der Neuen Rechten 26

Die politische Auseinandersetzung 28

Fazit 32

Anmerkungen 33

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda · Fax 034632-90941 · www.staatspolitik.de

Vorab

„Die Welttendenz hat seit langem eine Linksrichtung, die seit Generationen wie ein Golfstrom die Sympathien bestimmt.“
Ernst Jünger: Jahre der Okkupation, Stuttgart 1958, S. 134.

„Unsere Gesellschaft bietet somit das erstaunliche Schauspiel einer Rechten, die nicht als solche auftreten kann, ohne daß man sie des ‚Faschismus‘ bezichtigt, und einer Linken sowie einer extremistischen Linken, die sich jederzeit sozialistisch, kommunistisch oder marxistisch nennen und dabei ganz fraglos behaupten kann, daß ihre Doktrinen nichts mit dem Stalinismus, noch überhaupt mit irgendeiner historisch verwirklichten Form des Sozialismus ... zu tun hätten.“
Alain de Benoist: Kulturevolution von rechts, *edition d,* Bd 6, Krefeld 1985, S. 17.

„Es gibt viele Deutsche, die ... wollen die Rechte nicht untersuchen, sie wollen sie verachten oder verdrängen.“
Peter Glotz: Die deutsche Rechte, Stuttgart 1989, S. 10.

„... in Deutschland ... ist dem Verdikt ‚rechts‘ eine besondere Schärfe eigen, denn hinter ihm lauert immer ein Superlativ, nämlich das Verdikt ‚faschistisch‘, also ‚verbrecherisch‘.“
Dieter E. Zimmer: PC oder: Da hört die Gemütlichkeit auf, in: *Die Zeit* vom 22. Oktober 1993.

„Deutschland ist ein ordentliches Land. Es gibt Gut und Böse. Gut ist alles, was nicht böse ist. Böse ist alles, was rechts ist.“
Eckhard Fuhr: Deutsche Ordnung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. Mai 1995.

„Hierin unterscheidet sich die Neue Rechte vom dernier cri einer postmodernen ‚Befindlichkeit‘, mit der sie die radikale Verabschiedung aller ‚linken‘ Utopien und Weltverbesserungsbestrebungen teilt. Wo der Postmoderne nonchalant verkündet, die Lage sei hoffnungslos, aber nicht ernst, entspricht es der rechten Sicht, die Lage ernst, aber nicht hoffnungslos zu finden.“
Kurt Lenk, Günter Meuter, Henrique Ricardo Otten: Vorwort, in dies.: Vordenker der Neuen Rechten, Frankfurt a. M. und New York 1997, S. 17.

„Der ‚Kampf gegen rechts' ist … auch geprägt vom altbundesrepublikanischen Unernst. Die rechte Gefahr ist etwas, das den permanenten Alarmzustand der Öffentlichkeit rechtfertigt, als gehe es um die Propaganda der Krise."
Klaus Hartung: Rechte Mitbürger, in *Kursbuch* 134, Dezember 1998, S. 1–14, hier S. 3.

„Der Liberalismus hat gesiegt, aber dieser Sieg besteht darin, daß er seine Toleranz verloren hat. Es ist ein verfolgender Liberalismus entstanden, der alles Denken unter Radikalismusverdacht stellt, das nach Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen sucht. … Staatsräson ist zum Kern des Liberalismus geworden, nachdem er den Staat erfolgreich gekapert hat. Heilig ist der Status quo der Bundesrepublik; wer an ihm rüttelt, gilt schon als totalitär. … Als Faschist gilt heutzutage jemand schneller, als er blinzeln kann."
Jens Jessen: Der Liberalismus hat gesiegt …, in: *Die Zeit* vom 21. März 2002.

An Stelle eines Vorworts

Im Sommer 2001 erhielt W. einen Besuch. Am Gartenzaun stand ein Mann von mittlerer Statur und mittlerem Alter, in Kleidung mittlerer Qualität, grüßte freundlich und zeigte einen Dienstausweis der Kriminalpolizei: „Staatsschutz", sagte er knapp und bat, hereinkommen zu dürfen. W. ging mit ihm ins Haus und fragte nach dem Anlaß des Besuchs. Der Beamte entgegnete, daß es Hinweise auf eine Bedrohung W.s gebe. Um welche Art von Hinweisen es sich handele, fragte W. Nun, erläuterte der Beamte, unlängst sei ein Molotow-Cocktail gegen das Haus des frischgewählten CDU-Oberbürgermeisters geschleudert worden, und dann habe es Übergriffe gegen NPD-Funktionäre gegeben, zuletzt sei ein Mitglied des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) in der Seminarbibliothek seines Fachbereichs angegriffen und schwerer verletzt worden, – leider finde man keine Zeugen unter den Kommilitonen des Mannes.

Verblüfft fragte W., warum man davon nichts in der Zeitung gelesen habe. Der Beamte zuckte die Achseln, schwieg dann einen Augenblick irritiert und setzte zögernd an: ob W. denn von den Vorgängen nichts durch seine persönlichen Kontakte wisse. W. antwortete, daß er weder den Oberbürgermeister kenne noch der CDU angehöre noch irgend etwas von der Existenz des NHB in seiner Stadt geahnt habe.

Beunruhigt blätterte der Beamte in seinen Unterlagen und fand endlich das Stichwort, das er gesucht hatte. Das verstehe er nicht, äußerte er dann, und las vom Blatt eine Definition des Begriffs „Neue Rechte" ab, als deren Vordenker W. gelte und die doch das „Scharnier" zwischen Konservativen und Rechtsextremen darstelle. Auf welchem Wege er eigentlich zum Staatsschutz gekommen sei, fragte W., – er habe eine Fortbildung gemacht, sagte der Beamte.

Ursprung des Begriffs

Die Schärfe und Unsachlichkeit, mit der seit etwa zwei Jahrzehnten in Deutschland – aber nicht nur in Deutschland – über eine „Neue Rechte“ diskutiert wird, hängt zusammen mit einem politischen Klimawechsel und einer Veränderung in den Kriterien zur Beurteilung ideologischer Fragen. Hatte die Ächtung „rechter“ Positionen in der Nachkriegszeit nur das völkisch-rassische und neonationalsozialistische Gedankengut betroffen, weitete sich die Delegitimierung seit dem Ende der siebziger Jahre auf grundsätzlich alle Einstellungen aus, die jenseits einer neu – und das heißt „antifaschistisch“ – definierten Mitte lagen. Das in vielen, auch vielen wissenschaftlichen, Arbeiten über die politische Rechte hervortretende Desinteresse an Differenzierung ist darum nicht nur ein Ergebnis mangelnder Einsicht, sondern eine schlechte Angewohnheit, bestenfalls motiviert durch geistigen Verfassungsschutz, schlimmstenfalls begründet in dem agitatorischen Bedürfnis, der eigenen Seite nur *einen* Feind zu zeigen.

Der Begriff „Neue Rechte“ selbst ist relativ jungen Datums, auch wenn es ähnliche Termini schon in der Zwischenkriegszeit gegeben hat. Dazu wird man einmal Wortschöpfungen wie „jungnational“, „jungdeutsch“, „jungvölkisch“ oder „jungkonservativ“[1] zählen müssen, die nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs entstanden. Weiter ist auf den Begriff „Neuer Nationalismus“ hinzuweisen, der Mitte der zwanziger Jahre im Umkreis der nationalrevolutionären Intelligenz gebraucht wurde, und schließlich auf die Idee einer „jungen Rechten“, die am Ende der Weimarer Republik als Sammlungsbewegung jenseits von DNVP und NSDAP entstehen sollte. Diese „junge Rechte“ verband sich eng mit Gruppierungen wie der „Christlich-Nationalen Landvolkpartei“, dem „Christlich-Sozialen Volksdienst“ oder der „Volkskonservativen Partei“ (später „Konservative Reichspartei“), blieb aber politisch einflußlos.[2]

Interessanter Weise gab es zu der deutschen Entwicklung eine Parallele in Frankreich, wo sich 1930 Dissidenten der *Action Française* um die Zeitschriften *Réaction* und *Revue française* zusammenschlossen. Diese *Jeune Droite* hatte sich vom Integralen Nationalismus gelöst, weil ihre Anhänger den Monarchismus und die zunehmende politische Erstarrung eines Charles Maurras ablehnten, ohne deshalb zu den kleineren faschistischen Bewegungen überzugehen. Die Vorstellungen der „Nonkonformisten“ wurden nachhaltig durch den Thomismus, aber auch durch eine gewisse Aufgeschlossenheit für technokratische Vorstellungen geprägt.[3]

Wenn nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland wie in Frankreich politische Bewegungen entstanden, die als „Neue Rechte“ bezeichnet wurden oder sich selbst so bezeichneten, dann hat das nichts oder wenig mit der Existenz personeller oder ideologischer Kontinuitäten gegenüber den früheren Ansätzen zu tun.

Allerdings kann man von einer strukturellen Ähnlichkeit sprechen, die vor allem aus Generationenkämpfen in politischen Milieus oder einem Klima zu erklären ist, das die Entstehung veränderter ideologischer Ansätze fördert und nicht nur auf der Rechten, sondern auch auf der Linken oder in der Mitte regelmäßig Neues gegen Altes auftreten läßt.

Für die Nachkriegszeit ist der Begriff „Neue Rechte" also nur sinnvoll zu verwenden, soweit damit Strömungen erfaßt werden, die hinreichend deutlich von neonationalsozialistischen oder völkischen einerseits, von deutschnational, traditionalistisch-konservativen Positionen andererseits zu unterscheiden sind und sich auf die Schaffung anderer weltanschaulicher Grundlagen konzentrieren.

Die Neue Rechte der siebziger Jahre: Progressiver Nationalismus und *Nouvelle Droite*

Obwohl die politische Atmosphäre der sechziger Jahre aus der Rückschau ganz von der Agitation der „Neuen Linken" bestimmt scheint, ist bei genauerer Betrachtung eine Gegenbewegung erkennbar, zu der auch die „Neue Rechte" gehörte. Diese Gegenbewegung blieb zwar ohne eine der Linken vergleichbare Ausstrahlung, besaß aber durchaus ein gewisses intellektuelles Potential. Eine wichtige Rolle spielten dabei Diskussionszirkel, die sich um verschiedene Zeitschriften bildeten, so etwa um das seit 1964 in Hamburg erscheinende *Junge Forum,* das seit 1969 mit dem Untertitel „Beiträge zum Selbstverständnis der Jungen Rechten und zu einem modernen Nationalismus europäischer Prägung" erschien. Daneben gab es auch organisatorische Ansätze für eine „Junge" oder „Neue Rechte"[4], die aber bis zum Auftreten der „Aktion Neue Rechte" (ANR) ohne Bedeutung blieben.

Die ANR entstand aus einer Abspaltung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Die Ursache war eine Krise der NPD, ausgelöst durch das Scheitern der Partei bei der Bundestagswahl von 1969. Nach internen Auseinandersetzungen trat der bayerische Landesvorsitzende, Siegfried Pöhlmann, am 9. Januar 1972 von seinem Amt zurück und aus der NPD aus. Ihm folgten etwa zehn Prozent seines Verbandes, eine Anhängerschaft, aus der kurz darauf die ANR gebildet wurde. Pöhlmann vertrat gegen die Linie der NPD einen kapitalismus- und amerikakritischen Kurs. Aber sein Versuch, die etwa 600 Mitglieder der ANR zusammenzuhalten, ohne eine neue Partei zu organisieren, führte rasch zum Zerfall der Gruppierung.

Schon Ende 1973 zeigte sich die ANR handlungsunfähig. Eine Ursache dafür war auch der Mangel an ideologischer Klarheit, den Pöhlmann selbst verschuldet hatte. Er ließ zwar einen Programmentwurf von dem jungen Rechtsintellektuellen Henning Eichberg erarbeiten, dessen Vorstellung von „progressivem Nationalismus"[5] war ihm dann aber wegen der sozialistischen Akzente zu radikal.[6] Eichberg selbst gehörte zum Umfeld von *Junges Forum,* wo er seit dem Frühjahr 1967 mit einigen – unter dem Pseudonym „Hartwig Singer" veröffentlichten – Aufsätzen hervorgetreten war. Er interessierte sich zwar auch für verschiedene neokonservative Bewegungen, aber sein Hauptaugenmerk galt damals einem „neuen" oder „europäischen Nationalismus"[7], der Tradition des „Sozialismus von rechts" und dem Versuch, eine eigene „rechte" Theorie zu entwickeln.

Eichberg kam ursprünglich aus dem Lager der „Alten Rechten", war kurzfristig Mitglied der CDU gewesen und geriet dann an parteipolitisch „ungebundene Zir-

kel der Rechten"[8], von denen er glaubte, daß sich mit ihrer Hilfe der antiideologische Affekt des Lagers überwinden lasse[9]. Er setzte sehr stark auf eine Terminologie und wissenschaftliche Konzepte, die bis dahin bevorzugt von der Linken verwendet worden waren:
– die Erkenntnistheorie des „Wiener Kreises"[10],
– ethologische (Bedeutung der biologischen Differenzen zwischen Individuen einerseits, Rassen andererseits, Rolle der Territorialität und Aggressivität des Menschen) sowie soziologische Erkenntnisse (Gruppengebundenheit des Individuums und dessen Bedürfnis nach Identität gerade unter den Bedingungen einer modernen Industriegesellschaft),
– aus denen dann erst die politischen Folgerungen zu ziehen waren (kulturell homogene Großräume, „Ethnopluralismus"[11], organisatorischer Sozialismus). Eichberg betonte die Modernität seines Konzepts, das er als Ergebnis der Entwicklung einer spezifischen europäischen Rationalität[12] betrachtete. Aber er war auch fasziniert von politischem Aktivismus, der die politische Atmosphäre der Zeit nachhaltig bestimmte. Das erklärt nicht zuletzt, warum seine Haltung gegenüber der Achtundsechzigerrevolte immer etwas Ambivalentes hatte. Die Pointe seiner Kritik der Neuen Linken – Inkonsequenz bei der Verfechtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das zwar für die Dritte Welt, aber nicht für die Osteuropäer oder die Deutschen gelten sollte, Unfähigkeit, die eigene irrationale Motivation zu erkennen – lag bezeichnender Weise in dem Schluß, daß die APO scheitern müsse, wenn sie nicht die Nähe zu ihren Gegnern auf der militanten Rechten sehen lerne und das *tertium comparationis* begreife: „die Bewegung"[13].

Auch nach dem Zerfall der ANR gab es von Seiten der „Neuen Rechten" Versuche, diese „Bewegung" zu formieren. So konstituierte sich am 2./3. März 1974 in Würzburg eine „Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation" (NRAO), die allerdings die innerhalb des Lagers vorhandenen Spannungen nicht überbrücken konnte. Deshalb entstanden im Sommer des Jahres kurz hintereinander zwei selbständige Verbände: am 28. August 1974 die „Solidaristische Volksbewegung" (SVB) und drei Tage später die „Sache des Volkes – Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation" (SdV-NRAO). Die Solidaristen blieben im wesentlichen auf den Hamburger Raum beschränkt und erlangten unter ihrem Generalsekretär, dem Ingenieur Lothar Penz, kaum Bedeutung[14]. Eine gewisse Rolle spielten sie allerdings beim Aufbau der ökologischen Bewegung („Grüne Liste Umweltschutz"), fielen aber in den frühen achtziger Jahren dem konsequenten Linkskurs der Grünen zum Opfer. Der eigentlich nur aus der Tradition des politischen Katholizismus bekannte Begriff des „Solidarismus"[15] signalisierte nicht nur den Entschluß, nach einer neuen ideologischen Orientierung zu suchen, er sollte auch eine gewisse Mäßigung des eigenen Programms gegenüber dem nationalrevolutionären zum Ausdruck bringen. Zwar wandte man sich gegen das „Monopolkapital" und plädierte für einen „organischen Sozialismus", stellte die politische Ordnung als solche aber nicht in Frage.[16]

Sicher wäre es verfehlt, nun etwa im Fall der SdV-NRAO praktische Aufstandsvorbereitungen zu vermuten, aber schon die betont linke Symbolik („Sache des Volkes" war eigentlich der Name einer maoistischen Zeitung, das Hausblatt *Neue Zeit* nahm mit seinem Titel Bezug auf ein Organ der alten SPD) zeugte doch von einem anderen Maß an Radikalität als in den Reihen der SVB. Im Kern bestand die „Sache des Volkes" aus verschiedenen Zirkeln, die sich seit den sechziger Jahren gebildet hatten, und jenem Teil der ANR, der Pöhlmann nicht weiter zu folgen bereit gewesen war und unter Führung Eichbergs mit einer anderen nationalrevolutionären Gruppierung um den Journalisten Wolfgang Strauß in Verbindung trat. Strauß hatte zu diesem Zeitpunkt schon einen abenteuerlichen Lebenslauf hinter sich (wegen antistalinistischen Widerstands in der DDR verurteilt und nach Sibirien deportiert, am legendären Häftlingsaufstand in Workuta beteiligt, dann in der SPD engagiert, um schließlich die Führung der kleinen nationalsozialen „Unabhängigen Arbeiterpartei" zu übernehmen), und trug sehr stark dazu bei, daß die Nationalrevolutionäre ihre Aufmerksamkeit auf oppositionelle Strömungen im Ostblock richteten.

Obwohl die SdV-NRAO ohne Zweifel wesentlich aktiver war als die Gruppe der Solidaristen, darf daraus nicht auf eine größere Wirksamkeit geschlossen werden. Auch ihr gelang es bestenfalls, einige hundert Sympathisanten zu binden.[17] Ende der siebziger Jahre kam es dann – auch das ein Ausdruck der Erfolglosigkeit – zum faktischen Zusammenschluß beider Formationen.[18]

Bereits zu diesem Zeitpunkt war unübersehbar, daß die nationalrevolutionäre Bewegung nicht nur rhetorisch, sondern faktisch immer weiter nach links ging. Zwar stand der Versuch einer zentralistischen Kaderorganisation nur auf dem Papier[19], aber das endgültige Programm der SdV-NRAO, das ein „5. Zentralkongreß" im November 1977 verabschiedet hatte, setzte den Akzent sehr deutlich auf den Kampf gegen das Kapital und eine sozialistische Lösung aller gesellschaftlichen – nicht zuletzt der ökologischen – Fragen.[20] Allerdings scheute man nach wie vor zwei Tabus: die nationalkommunistische, und das hieß prokommunistische, Tendenz und das Bekenntnis zum Klassenkampf.

Beide Grenzen wurden erst von einer jüngeren Generation der Nationalrevolutionäre überschritten, die ihrer Herkunft nach häufig aus den aufgelösten K-Gruppen stammten[21] und sich explizit als „Sozialistische Nationalrevolutionäre" verstanden. Sie konnten in Westdeutschland eigene Basisgruppen um die Zeitschrift *Laser. Nationalrevolutionäre Perspektiven für eine sozialistische Demokratie* bilden und gründeten im April 1980 auf einer „Konferenz progressiver Nationalrevolutionäre" den „Nationalrevolutionären Koordinationsausschuß" (NRKA)[22].

Der NRKA verstand sich ausdrücklich als Teil der radikalen Linken, betrieb einen merkwürdigen Antifaschismus[23] und kopierte sogar bestimmte Muster der K-Gruppen. Das Mißtrauen der Linken gegen diese Verbündeten war allerdings nicht zu überwinden.[24] Ein Vorbehalt, den man insofern als begründet ansehen

darf, als der NRKA schließlich an internen Auseinandersetzungen um seine Zeitschrift *Aufbruch* zerbrach, deren letzte Ausgaben wieder einen deutlich nationalistischen Geist atmeten[25].

Faktisch hat der Rückzug Eichbergs aus der politischen Arbeit der Nationalrevolutionäre[26] wesentlich zu deren raschem Bedeutungsverlust beigetragen. Nach dem gescheiterten Versuch, eine Professur in der Bundesrepublik zu erhalten und einer Pressekampagne gegen seine Person[27], übersiedelte er 1984 nach Dänemark und erhielt dort Lehraufträge an verschiedenen Universitäten[28]. Daß Eichberg selbst sich wie der Hauptteil der Gesamtbewegung nach links wandte – er trat 1994 sogar in die dänische Sozialistische Volkspartei *(Socialistisk Folkeparti)*[29] ein – war dabei kaum entscheidend, da er an Kernelementen seiner Weltanschauung wie etwa der Problemstellung Identität und Entfremdung, der Betonung des „Volklichen", der Feindschaft gegen das Christentum und dem Antiuniversalismus fest hielt[30].

Eine Rolle dürfte gespielt haben, daß die Ausstrahlung, die seine ideologische Konzeption durchaus besaß[31], bereits am Ende der siebziger Jahre verbraucht war. Hatte es zu Anfang vor allem starke Reserven gegenüber Eichbergs „Futurismus"[32] gegeben[33], so führten jetzt seine bizarren Wendungen zum Bruch mit früheren Anhängern. Ausschlaggebend dürfte allerdings Eichbergs Unfähigkeit gewesen sein, aus den Elementen seiner Theorie einen konsistenteren Gesamtentwurf zu schaffen und eine stabile Organisation zu bilden. Obwohl er früh die Vorbildlichkeit der französischen „Neuen Rechten" betont hatte[34] und schon seit den sechziger Jahren in enger Verbindung zu deren führendem Kopf, Alain de Benoist, und deren wichtigster Organisation, dem GRECE *(Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne),* stand, war er doch niemals in der Lage, dieses Modell auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen.

Die politische Rechte Frankreichs schien Ende der sechziger Jahre paralysiert. Die Aufgabe des Kolonialreichs, die Macht de Gaulles und das Verhalten des Bürgertums im Pariser Mai '68 hatten zu dieser Desorientierung wesentlich beigetragen. Während die „Ultras" ganz auf die Vergangenheit fixiert blieben und nicht bereit waren, den Abzug aus Algerien zu akzeptieren, sich mit ihren Aktivitäten dauernd am Rande der Legalität bewegten und in de Gaulle nur einen Verräter sahen, verfügte der über eine Stellung, die ihn praktisch unangreifbar machte und ihm angesichts der linken Gefahr breite Unterstützung von den Konservativen bis in das Lager des Liberalismus eintrug. Armin Mohler urteilte damals, von der französischen Rechten bleibe bis auf weiteres nur „eine Literatur" und „eine gewisse Mentalität"[35].

Dieser Befund erklärt schon hinreichend die Entstehung einer „Neuen Schule" – so der Titel der 1969 gegründeten Theoriezeitschrift der *Nouvelle Droite* – um de Benoist, der nicht nur die Konsequenz aus dem Scheitern aller Versuche zog, eine selbständige nationalistische Partei zu gründen, sondern auch seiner eigentlichen Begabung als Vordenker und ideologischer Kopf folgen wollte. Als eine

„mögliche", eine Rechte „für diese Zeit"[36] verstand sich die Strömung insofern, als sie nicht etatistisch und lateinisch argumentierte, sondern „völkisch" und europäisch, nicht christlich und traditionalistisch, sondern „heidnisch" und empirisch, nicht proamerikanisch und marktwirtschaftlich, sondern antiamerikanisch und korporativ. Deshalb paßte sie zu keiner der klassischen „Denkfamilien" der französischen Rechten: der autoritären/bonapartistischen, der konservativen oder der liberalen.[37]

Es hat deshalb immer wieder Versuche gegeben, die französische „Neue Rechte" summarisch als „faschistisch" zu betrachten, wofür nicht nur die germanophile Neigung de Benoists ein Beweis zu sein schien, sondern auch der Nietzscheanismus, die Begeisterung für die Ästhetik Arno Brekers oder Josef Thoraks und vor allem das Interesse an biopolitischen Themen wie Rassenkunde, Eugenik und Euthanasie. Vollständig durchgedrungen ist diese Einschätzung aber nicht, was sich vor allem erklärt aus der Neigung de Benoists zu unerwarteten Volten wie dem dezidierten Antitotalitarismus und Antirassismus; auch das merkwürdige Liebäugeln mit Nationalbolschewismus, Islamismus und Hinduismus in späterer Zeit wird man in diesem Zusammenhang nennen müssen. Was allerdings schwerer wiegt, ist eine allmähliche immanente Veränderung und Verschiebung der ideologischen Basis der *Nouvelle Droite,* weg von einer naturalistischen Deutung, hin zur Betonung des Faktors Kultur, weg von der funktionalistischen Auffassung der Religion, hin zu einer an die Archetypenlehre erinnernden Interpretation, weg von technokratischen Modellen, hin zu einer Variante des Kommunitarismus.[38]

Damit ist allerdings eine Entwicklung vorweggenommen, die sich erst in den achtziger und neunziger Jahren vollzog, und die auch als Reaktion auf das Scheitern gewisser Hoffnungen verstanden werden muß, die de Benoist ursprünglich mit dem Aufbau des GRECE verbunden hatte. So schien die Idee eines *gramscisme de droite* – eines Kampfes um die „kulturelle Hegemonie", orientiert an den Theorien des italienischen Marxisten Antonio Gramsci – für einige Zeit durchaus erfolgversprechend. 1978 erhielt de Benoist für seine „kritische Anthologie der zeitgenössischen Ideen", die unter dem Titel *Vu de droite* erschienen war, den Großen Essay-Preis der *Académie française.* Im *Figaro Magazine,* das kurz darauf von der auflagenstärksten bürgerlichen Zeitung Frankreichs, dem *Figaro,* auf den Markt gebracht wurde, verschaffte man ihm mit einigen anderen Köpfen der „Neuen Rechten" ein Forum, dessen Wirksamkeit weit über das hinaus ging, was man bisher an publizistischen Mitteln zur Verfügung gehabt hatte.

Gerade dieser Erfolg provozierte aber einen Rückschlag von unerwarteter Heftigkeit. Im Frühjahr 1979 inszenierte *Le Monde* eine Kampagne gegen die *Nouvelle Droite* und deren Einfluß auf die veröffentlichte Meinung, der sich nach und nach fast die gesamte französische Presse und dann auch die größeren Blätter und Zeitschriften im Ausland anschlossen.[39] Daß dabei handfeste wirtschaftliche Interessen im Hintergrund standen – *Le Monde* wollte gegen das *Figaro Magazi-*

ne ein eigenes, ähnliches Produkt plazieren – sei nur am Rande erwähnt, wichtiger erscheint, daß die allgemeine Aufmerksamkeit, die die französische „Neue Rechte“ für kurze Zeit genoß, mit ihrer Verdrängung aus den gerade erreichten publizistischen Positionen endete.[40]

Es hat das zusammen mit dem Erstarken des *Front National* in Frankreich (der nur selektiv Vorstellungen der *Nouvelle Droite* in sich aufgenommen hat und dessen Zielsetzungen vor allem wegen ihrer Xenophobie von de Benoist abgelehnt werden) zwar nicht zur Resignation de Benoists geführt, der in den beiden letzten Jahrzehnten eine neue Zeitschrift – *Krisis* – gründete und mehr als ein Dutzend Bücher und zahllose Artikel veröffentlichte, aber doch zu einer merklichen Akzentverschiebung beigetragen. Im Vorwort zur 2002 erschienenen Neuausgabe von *Vu de droite* schrieb er, entgegen seinen Hoffnungen auf eine „postmoderne“ Rechte, sei es zum Triumph der liberalen – repräsentiert von Margret Thatcher und Ronald Reagan – und der populistischen – repräsentiert von Jean-Marie Le Pen und Jörg Haider – gekommen: „Heute, da wir die vollständige Überflüssigkeit der Rechts-Links-Unterscheidung erleben, bedaure ich nicht, mich abseits zu stellen.“[41]

Man wird diese Neigung, sich nicht mehr der Rechten zuzuordnen (auch die Selbstbezeichnung als *Nouvelle Droite* wurde vom GRECE und im Untertitel der Publikumszeitschrift *Éléments* vor einigen Jahren aufgegeben[42]), nicht verwechseln dürfen mit dem anders motivierten Entschluß Eichbergs, der versucht hat, seine Position neu und links zu definieren[43]. Demgegenüber darf man im Fall de Benoists eher von einer kontinuierlichen Verfolgung jenes Konzepts sprechen, das ihn wie die Nonkonformisten der dreißiger Jahre motivierte, einen eigenständigen Weg jenseits der alten Ideologien zu suchen. Das erklärt auch die Ausstrahlung der Ideen de Benoists, die nicht nur in England, Belgien, Spanien und Italien, sondern nach dem Zusammenbruch des Ostblocks auch in Rußland und Rumänien Anhänger fanden.

Die Neue Rechte seit Beginn der achtziger Jahre: Die volkskonservative Position

Bis zum Beginn der achtziger Jahre blieb der Begriff „Neue Rechte“ wesentlich auf diejenigen Gruppierungen beschränkt, die sich durchgängig oder wenigstens in ihren Anfängen mit ihm identifiziert hatten. Von einer „neuen Rechten“ im übergreifenden und positiven Sinn, als Bezeichnung für eine „Bewegungspartei“ gegen die Erstarrung des bürgerlichen Lagers[44], war nur ausnahmsweise die Rede, und auch der Versuch, „Neue Rechte“ im negativen Sinn als Sammelbezeichnung zu verwenden und bis auf terroristische Gruppen auszudehnen,[45] wurde mit Zurückhaltung aufgenommen. Dabei sollte es allerdings nicht bleiben.

1982, im Jahr der Regierungsübernahme durch die bürgerliche Koalition, veröffentlichte Jürgen Habermas einen Aufsatz mit dem Titel *Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik*. Neben den illusionären Korrelationen, wie sie für Habermas typisch sind, finden sich in diesem Text auch einige aufschlußreiche Beobachtungen. So stellte er fest, daß in der „artikulierten Kerngruppe“ der vor ihm sogenannten „Neokonservativen“ die ernüchterten Liberalen (anders als in Amerika) nur eine geringe Rolle spielten, wichtiger seien jene Intellektuellen, die man als Erben der „Konservativen Revolution“ betrachten müsse, die aber nach 1945 eine „halbherzige Aussöhnung mit der Moderne“ vollzogen hätten. Für die Zukunft sei nicht auszuschließen, daß ein weniger zu Kompromissen geneigter „Jungkonservativismus“[46] eine überraschende Renaissance erleben werde.

Tatsächlich konnte zu Beginn der achtziger Jahre ein neuer Impuls in der intellektuellen Rechten Deutschlands festgestellt werden. Die gesellschaftliche Unruhe, die mit der Entstehung der Alternativbewegung, der Friedensdiskussion und dem Ende der sozialliberalen Regierung verknüpft war, zeigte Rückwirkungen unter den Konservativen. Ihre Fixierung auf theoretische Fragen und die strikte Binnenorientierung begannen zu schwinden. Vor allem war eine „Renationalisierung“ des konservativen Lagers zu beobachten. Hatte die „Tendenzwende“[47] noch ein „gestörtes Verhältnis zur Landkarte“[48] gehabt, so widmeten die Konservativen nun nicht nur der Deutschen Frage neue Aufmerksamkeit, sie traten auch aus dem Schatten ihrer eigenen früheren Festlegungen. Der „nationale Imperativ“[49] wurde als ein kategorischer begriffen. Neuzugänge im Lager von der Linken wie Günter Maschke oder Bernard Willms verschoben die Perspektiven und bestritten sogar den gewohnten Primat des Antikommunismus. Willms erklärte etwa in seinem 1982 erschienenen Buch *Die deutsche Nation,* daß man die DDR nicht län-

ger als Feind betrachten dürfe, sondern mit ihr in „nationaler Koexistenz“[50] leben müsse, um einen deutsch-deutschen Bruderkrieg zu verhindern.

Ein großer Teil der konservativen Intelligenz wollte die Lage der Bundesrepublik überhaupt nicht länger nach den Regeln der Blocklogik bestimmen. Die Teilung des Landes wurde wieder stärker als Folge des „Weltbürgerkriegs“ verstanden, und die deutsche Situation erschien immer noch als die der „Besiegten von 1945“[51]. An einigen Stellen war sogar eine Belebung des Tauroggen- und Rapallo-Mythos zu beobachten, es kam zu heftigen Debatten um die Westintegration und das Verhalten Adenauers angesichts der „Stalin-Note“ von 1952.

Diese Rückkehr des nationalen Elements muß nicht nur als Voraussetzung für alle neuen Paradigmen der konservativen Intelligenz – Nationalstaat versus europäischer Bundesstaat, Forderung nach einer operativen Deutschlandpolitik, Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft – betrachtet werden, hier entstand auch die Basis für eine Revitalisierung, deren Erfolg die konservativen Veteranen selbst überraschte. Denn am Ende der siebziger Jahre hatte es so ausgesehen, als werde das konservative Lager, soweit es nicht den rechten Flügel der Unionsparteien bildete, allmählich austrocknen. Da in diesem Milieu schon lange keine Pfründen mehr oder glänzende Karrieren zu erhoffen waren, schien die Bewahrung der Kontinuität fast ausgeschlossen. Äußeres Indiz für diesen Verfall des Konservatismus war das Zeitschriftensterben. Bereits Ende der siebziger Jahre hatte die von William S. Schlamm und Otto von Habsburg herausgegebene *Zeitbühne* ihr Erscheinen einstellen müssen, dann war das stark evangelisch geprägte Magazin *Konservativ heute* in *Criticón* aufgegangen, und 1988 verschwand auch die von Gerd-Klaus Kaltenbrunner geschaffene *Herderbücherei Initiative*.

Daß sich allein *Criticón* (und die, allerdings ganz in die Abhängigkeit der CSU geratene, *Epoche)* halten konnte, ist kein Zufall und entspricht in vieler Hinsicht der Prognose von Habermas. Das erklärt auch, warum sich alle Neugründungen sehr stark an *Criticón* orientierten. An erster Stelle wäre hier die aus einem Goslarer Schülerblatt entstandene Zeitschrift *Phönix* zu nennen, die 1981 entstand und seit 1985 den Untertitel „jungkonservative Zeitschrift“ trug. Die Autoren griffen, wie schon die Bezeichnung signalisierte, unmittelbar auf Ideen der „Konservativen Revolution“ der Zwischenkriegszeit zurück. Der Bezug zu Schopenhauer, Nietzsche, Spengler, Schmitt, die Brüder Jünger, Niekisch oder Jung war aber nicht allein bildungsbürgerlich, sondern auch ein romantischer Protest gegen die Vorstellungen, die ihnen ihre aus der Achtundsechzigergeneration stammenden Lehrer vermittelt hatten. Das Bekenntnis zum Konservatismus war national akzentuiert und antiliberal insofern, als die Autoren des *Phönix*-Kreises die Analyse Schmitts von der allmählichen Zerlegung des „Leviathan“ durch die gesellschaftlichen Mächte teilten, und ihnen der bundesrepublikanische Pluralismus verlogen schien, der ihrer Position keine Entfaltungsmöglichkeit einräumte. Der *Phönix* hatte bis zu seiner Einstellung 1986 immer etwas von einem Provisorium. Trotzdem war an diesem Projekt einiges davon abzulesen, was kennzeichnend für

die weitere Entwicklung der konservativen Intelligenz in den folgenden Jahren werden sollte.

Allerdings ist schwer vorstellbar, daß es ohne den Zusammenbruch des Ostblocks und die Wiedervereinigung Restdeutschlands so rasch zu einer Renaissance der konservativen Rechten gekommen wäre. Als die *Frankfurter Allgemeine* vom Herbst 1992 bis zum Frühjahr 1993 eine Serie zum Thema „What's left?" abdruckte, äußerte Peter Glotz in seiner Stellungnahme, daß man nun das Ende der „Mikro-Konflikte" erlebe und bei den künftigen Auseinandersetzungen eine „... intellektuell ernst zu nehmende, harte Rechte, die es bis vor kurzem in Deutschland nur in Spurenelementen gab"[52], eine wichtige Rolle spielen werde. Diese Prognose wäre zu ergänzen um eine andere, die Glotz bereits in einem kurz vor der Wende erschienenen Buch formuliert hatte, als er äußerte, daß die Politik der Regierung Kohl zwangsläufig zu einem „Schisma"[53] in der „Rechten" führen mußte zwischen Pragmatikern und „Stahlhelmern". Letztere seien zwar nicht „extremistisch", aber für die Linke „gefährlich"[54].

Die von Glotz als „Stahlhelmer" apostrophierte Gruppierung wäre wohl sachlicher als „Adenauer-Rechte"[55] zu bezeichnen. Damit konnten alle die erfaßt werden, die seit dem Mannheimer Parteitag von 1976 das Treiben der „Modernisierer" in der Union mit Mißfallen beobachteten. Tatsächlich schien es so, als gäben der Zusammenbruch des Kommunismus und die Wiedervereinigung dieser innerparteilichen Opposition eine Möglichkeit, Kurskorrekturen zu bewirken. Aber der Tod prominenter konservativer Unionsmitglieder wie Franz Josef Strauß oder Karl Carstens aus der älteren Generation, die Neigung jüngerer wie Peter Gauweiler im Zweifel Parteidisziplin zu wahren, die notorische Zurückhaltung der CSU-Führung und das Scheitern eines eigenen Organisationsversuchs in Gestalt des „Christlich-Konservativen Deutschlandforums" (1992) machten deutlich, wie begrenzt der Operationsspielraum war. Außerdem trugen die Vorstöße niemals weit genug, um auch nur die Aufmerksamkeit der Unionsspitze auf diese Tendenz zu lenken.[56]

Zuletzt war auch die Zahl der Vordenker innerhalb der Adenauer-Rechten zu klein. Am ehesten wird man noch Klaus Hornung, Konrad Löw und Günter Rohrmoser nennen können, daneben einige Journalisten, die in entsprechendem Sinn für die bürgerlichen Zeitungen arbeiten. Zwar existiert bis heute das Studienzentrum Weikersheim als Forum, aber spätestens mit der Einstellung des *Deutschland-Magazins* (2001) und eigentlich schon mit der Disziplinierung der Deutschland-Stiftung in den neunziger Jahren hat die Adenauer-Rechte wesentliche Einflußmöglichkeiten verloren.

Im deutlichen Gegensatz zu diesem allmählichen Verfall steht die Lebendigkeit jener *famille de pensée,* die man als die „jung-" oder besser noch „volkskonservative"[57] bezeichnen könnte. Auch ihre Protagonisten sehen sich als Erben der Konservativen Revolution. Nicht im Sinne eines Restaurationsversuchs, sondern in dem Sinn, daß der revolutionäre Konservatismus verstanden

wird, als die „... modernste Art konservativ zu sein“[58]. Dabei schwingt vor allem die Bewunderung für den geistigen Einfluß von Zeitschriften wie der *Tat* und des *Deutschen Volkstums* oder der *Europäischen Revue* mit, aber auch der Versuch, die Aufgeschlossenheit für zeitgenössische Strömungen in den Wissenschaften, der Philosophie und der Kunst wiederzugewinnen.

Die volkskonservative Strömung sammelte sich seit der Mitte der achtziger Jahre vor allem um die von Dieter Stein herausgegebene Zeitung *Junge Freiheit (JF).* Dieses seit 1986 zuerst zweimonatlich, dann monatlich und seit 1996 wöchentlich erscheinende Blatt entwickelte sich sukzessive zu einer professionellen Publikation. Bedenkt man die Umstände, zu denen nicht bloß die Versuche politischer Ächtung, sondern auch die Anwendung von Gewalt gegen Redakteure und die Druckerei gehörten, handelt es sich ohne Zweifel um ein außergewöhnlich erfolgreiches Projekt. Die anfangs besonders deutliche Nähe der *JF* zur linken *taz* in Layout und Stil zeigte an, daß man es außerdem mit einer qualitativen Veränderung gegenüber früheren Publikationen dieses Teils der politischen Rechten zu tun hat; bezeichnenderweise konnten Magazine, die nach der Einstellung des *Phönix* neugegründet wurden, niemals vergleichbare Resonanz gewinnen und verschwanden meistens nach kurzer Zeit wieder vom Markt (das gilt vor allem für die christlich-konservativen *Fragmente,* die zwischen 1989 und 1992 erschienen, und in gewissem Sinn auch für das vierzehntägig veröffentlichte *Gegengift,* das erst seit Mitte der neunziger Jahre eine konservative Position bezog und im Jahr 2001 eingestellt wurde).

Die Volkskonservativen sind selten „geborene“, eher „gelernte“ Konservative. Es ist die Ausnahme, daß jemand noch in Elternhaus und gesellschaftlichem Umfeld entsprechend sozialisiert wurde. Die meisten haben intellektuelle Neugier und die Aversion gegen die dominanten Weltanschauungen hierher verschlagen. Vorherrschend ist eine gewisse Skepsis gegenüber politischen Organisationen. Viele haben (schlechte) Erfahrungen mit den Parteien, vor allem der CDU und der Jungen Union, gemacht, konnten sich aber nicht entschließen, einer anderen Gruppierung beizutreten. Ähnliches gilt in bezug auf die Republikaner (deren bürgerlichen Flügel um Rolf Schlierer man nachhaltig unterstützte) und den kurzlebigen, von dem FDP-Dissidenten Manfred Brunner gegründeten, „Bund Freier Bürger“.

Das Verhältnis zu Ideen ist eklektisch und undogmatisch. Man teilt nicht die generelle Furcht vor „Ideologie“, wie sie für den früheren Konservatismus typisch war, aber auch die Forderung der Tendenzwende nach einer konservativen Theorie findet kaum Widerhall. Trotz des verbreiteten „Schmittismus“ und der dezisionistischen Geste ist die Bereitschaft zur Debatte mit dem Gegner ausgeprägt; die auf der Linken und im Liberalismus typischen Vorstellungen von politischer Hygiene finden sich jedenfalls kaum. Selbstverständlich gibt es Leitfiguren, aber keine echten Lehrer-Schüler-Verhältnisse, deshalb auch keine Schulbildung. Einen erheblichen Einfluß nahmen aus der älteren Generation Armin Mohler

und Gerd-Klaus Kaltenbrunner, von den Jüngeren dürfte vor allem Karlheinz Weißmann eine Rolle spielen, dessen zuerst 1992 erschienenes Buch *Rückruf in die Geschichte* als eine Art „Manifest“ dieser Tendenz verstanden wurde.

Die meisten in der antifaschistischen Literatur herausgearbeiteten Verbindungslinien zwischen den Volkskonservativen und der nationalrevolutionären „Neuen Rechten“ sind Konstrukte. Daß man bei Eichberg gelernt hat, die Notwendigkeit „nationaler Identität“ zu begründen und von ihm eine gewisse Zeit lang den Begriff „Ethnopluralismus“ übernahm, bedeutet nicht, daß seinen Vorstellungen irgendein bleibender Einfluß zugesprochen werden kann[59]. Die Kontakte zu den Resten der Bewegung aus den siebziger Jahren waren immer bloß locker, man teilte weder den gesellschaftspolitischen Radikalismus noch die sozialistischen Zielvorstellungen oder die Theoriebegeisterung. Es existiert (entgegen einer oft kolportierten Vorstellung und trotz der zahlreichen Artikel, die de Benoist in der *Jungen Freiheit* veröffentlicht) auch keine direkte Einwirkung der *Nouvelle Droite*[60].

Bei den Volkskonservativen läßt sich zwar ein Konsens in gewissen Punkten feststellen (Verteidigung der nationalen Interessen nach außen, EU-Skepsis, Mitteleuropa-Vision, Ablehnung des Multikulturalismus, Errichtung des „starken Staates“), aber er ist nicht statisch, eher handelt es sich um eine intellektuelle Suchbewegung. Im Umkreis der *Jungen Freiheit* hat sich vor allem ein eigenes Lebensgefühl ausgebildet, das vom Widerspruch gegen die „Ideen von 1968“ genährt wird, deren Protagonisten erklären, „... daß Disziplin, Ehre schändlich und Vaterlandsliebe schädlich seien. Als Theologen verspotten sie Kirche und Glauben, als Künstler wühlen sie in den Scherben längst vernichteter Formen. Sie sind Moralisten besonderer Suprematie und verkünden die Amoral. Gegen diese Überspitzung des Pathologisch-Paradoxen treten nun Widersacher auf. Sie sind zahlreicher als bisher, stammen aus 60er und 70er Jahrgängen und mühen sich um die Entwicklung einer alternativen Konzeption.“[61] Als Claus Leggewie 1987 einen Bericht über den „rechten Geist“ schrieb, formulierte er schon als Fazit: „Jede Revolution ruft ihr à la Bastille: Die Festung, die die Gegenrevolution der Neuen Konservativen schleifen will, heißt: 1968.“[62]

Wenn man von einer volkskonservativen „Neuen Rechten“ spricht, die seit den achtziger Jahre entstanden ist, so wären außer dieser Strömung noch zwei weitere zu nennen, die sich neben dieser „Denkfamilie“ bildeten, in einer gewissen Berührung mit ihr standen und stehen, aber doch deutlich von ihr zu scheiden sind. Die erste von beiden ist die der „Neo-Nationalisten“. Ihr bedeutendster Kopf war ohne Zweifel der schon genannte Philosoph und Politikwissenschaftler Willms. Ihm ging es nicht allein um die Wiederherstellung der deutschen Machtposition, er verfocht auch eine Renaissance des Idealismus in der Tradition Fichtes und damit die Rückkehr zu einem geistigen Sonderweg, den er dezidiert positiv gewertet wissen wollte. Durch seinen frühen Tod im Jahr 1990 verloren die Neo-Nationalisten allerdings sehr früh ihren eloquentesten Sprecher.

Will man von Harald Rüddenklau absehen, der durch seine Ostorientierung

eine Sonderrolle spielte, dem aber mit dem „Neuen Deutschen Nationalverein" (NDNV) im Vorfeld der Wiedervereinigung eine bemerkenswerte Bündelung von Kräften gelang, dann beschränkt sich der Kreis der Protagonisten heute vor allem auf das Umfeld der *Staatsbriefe.* Hans-Dietrich Sander war es mit der Gründung dieser Zeitschrift im Jahr 1989 endlich gelungen, eine unabhängige Tribüne zu finden. Besonders auffällig erscheint bei ihm die Erneuerung des „Reichsgedankens". Er will vor allem durch Rückgriff auf die staufische Tradition die Grundlage für einen „ghibellinischen" Entwurf schaffen, der allerdings in vielen Zügen genauso exzentrisch wirkt wie seine politische Theologie, zu deren Kern ein schärfer werdender „Anti-Judaismus"[63] gehört. Sanders Metaphysik wurde von den Mitarbeitern der *Staatsbriefe* allerdings nur zum kleineren Teil übernommen, zumal sie hinter den direkten politischen Erwägungen weitgehend zurücktrat.

Sander erklärte frühzeitig, daß die „liberale Restauration"[64], als die er die Gründung der Bundesrepublik versteht, den Zusammenbruch Deutschlands nicht aufhalten könne und deshalb eine „Höllenfahrt"[65] bevorstehe, von der er hofft, daß sie den Deutschen zur Katharsis verhelfe. Er hat lange die Grenze überschritten, die die Konservativen normalerweise von der Fundamentalkritik an der parlamentarischen Demokratie zurückhält und in seinem Umkreis eine merkwürdige Parusieerwartung angesichts der kommenden Revolution erzeugt.

Auffallend an Sanders Bemühungen um die Schaffung einer neuen politischen Position war nicht nur sein Werben um die Linke (unter Einschluß deutlicher Sympathie für Gerhard Schröder), sondern auch der Versuch, den Gegensatz von „Faschisten" und „Antifaschisten" aktiv zu überwinden. Er ist kein Neonationalsozialist, glaubt aber, daß Hitler als der „deutsche Cromwell"[66] eine notwendige Rolle im Prozeß der Nationwerdung übernommen habe. Auf diesem Hintergrund erscheint Sanders Kontaktaufnahme zu Michael Kühnen weniger spektakulär und seine Parteinahme für harte revisionistische Positionen verständlicher. Sie diente dem erwähnten Zweck ebenso wie die Forderung nach einer Art von „Volksfront" der rechten Gruppierungen, die auch anderweitig (vor allem unter den jüngeren Mitarbeitern aus dem Umkreis der Zeitschrift *Nation und Europa)* auf Resonanz stößt, wo man die Blockade jeder Sammlungspolitik durchbrechen will.

Nach der Einstellung der *Staatsbriefe* Ende des Jahres 2000 dürfte unter den Neo-Nationalisten ohne Zweifel Alfred Mechtersheimer die größte Rolle spielen. Mechtersheimer, der einen sehr langen politischen Weg zurückgelegt hat, unterscheidet sich von anderen Vertretern dieses Lagers vor allem durch den Mangel an theoretischem Interesse[67] und den aktivistischen Zug seines Einsatzes. Der eine Sachverhalt erklärt sich daraus, daß Mechtersheimer ein entschlossener „Souveränist" ist und die Verteidigung deutscher Interessen (vor allem gegen die amerikanische Hegemonie) für eine Selbstverständlichkeit erachtet[68]. Das andere hängt zusammen mit seiner politischen Biographie, die zwar in der CSU begann,

dann aber über die Friedensbewegung zu den Grünen und schließlich zu seiner heutigen, betont nationalpazifistischen Position führte.

Das große Problem, vor das Mechtersheimer gestellt ist, besteht darin, daß bisher jeder Versuch, seine „Deutschland-Bewegung“ auf eine breitere Grundlage zu stellen, zum Scheitern verurteilt war. Trotz sehr verheißungsvoller Anfänge in den frühen neunziger Jahren gelang es ihm nicht, eine flächendeckende und effiziente Organisation von unten her zu schaffen. Das hat ihn, der immer wieder betont, daß er die Patrioten aller politischen Richtungen vereinen wolle, gezwungen, Anlehnung bei der Alten Rechten zu suchen oder die Spekulation zu nähren, daß er die „Deutschland-Bewegung“ als Vorform einer neuen Partei betrachte.

Die zweite Gruppierung, von der hier neben den Neo-Nationalisten noch zu sprechen wäre, liegt eigentlich außerhalb des Feldes der im genauen Sinne politischen Bewegungen. Es handelt sich dabei um die „anarchische (nicht: anarchistische) Rechte“. Es hat natürlich auch in der Vergangenheit immer wieder Einzelgänger der rechten Intelligenz gegeben, die einen außerordentlichen Individualismus pflegten; Ernst Jünger sprach in dem Zusammenhang vom „Anarchen“. Die Nähe zum Dandytum spielte historisch eine gewisse Rolle, und in Frankreich gibt es sogar relativ feststehend den Begriff des *anarchisme de droite*[69]. Grundlegend ist dabei die Überzeugung, daß der geschichtliche Verfall sich soweit durchgesetzt hat, daß selbst mit einer äußerst reaktionären Haltung nur noch vorläufige Ergebnisse zu erzielen sind.

In Deutschland sei deshalb als Anarchische Rechte eine Gruppierung bezeichnet, die, bei aller geistigen Potenz, im engeren Sinne politische Fragen als Größen zweiter Ordnung betrachtet. Sie ist tatsächlich und ausschließlich *meta*politisch orientiert. Farbigkeit gewinnt diese Szene dadurch, daß ihre führenden Köpfe häufiger eine linke Vergangenheit haben und ihre Unzufriedenheit mit dem Mangel an Radikalität auf Seiten der Konservativen durch ästhetische Entwürfe oder Extravaganzen wie den katholischen Traditionalismus kompensieren.

Eine außergewöhnliche Anziehungskraft kommt in dieser Szenerie dem Donoso-Cortés- und Carl-Schmitt-Spezialisten Maschke zu. Maschke, der einmal als „Dutschke von Wien“ galt, vertritt heute exemplarisch die Auffassung, daß die politischen Möglichkeiten radikal reduziert seien. Da es keine Restauration im Vollsinne, und damit keine wahre Legitimität, mehr geben könne, bleibe bestenfalls der Bonapartismus: man müsse „... anerkennen, daß die Revolution der Boden ist, in dem wir wurzeln, daß nur im kurzatmigen Cäsarismus die Chancen der nahen und mittleren Zukunft liegen. Aus dem Boden der Revolution müssen wir die Kraft gewinnen, um sie notdürftig und bis zum nächsten Mal zu besiegen.“[70]

So weit das auch von der gegenwärtigen Praxis entfernt sein mag, man wird die intellektuelle Faszinationskraft derartiger Ideen nicht unterschätzen dürfen, zumal wenn sie sich mit einem „postmodernen“ Zeitgeist zu legieren wissen. Für diese Tendenz sind die Zeitschrift *Etappe* (seit 1988) und in einem gewissen Sinne

auch das zwischen 1987 und 1995 erscheinende Jahrbuch *Der Pfahl* des Verlages Matthes & Seitz und dann vor allem die Bücher des in Wien residierenden Karolinger-Verlags als symptomatisch zu betrachten.

Die Bandbreite dessen, was die rechte Intelligenz denkt, unterscheidet sich kaum von der Bandbreite linksintellektueller Positionen. Die innere Auseinandersetzung (die es selbstverständlich gibt) wird zwar nur selten nach außen sichtbar geführt, sollten die hysterischen Reaktionen der Öffentlichkeit abklingen, dürfte sich das zwangsläufig ändern und die einzelnen Gruppierungen noch deutlicher hervortreten lassen. Schon jetzt ist erkennbar, daß jenseits der Übereinstimmung in den Aversionen – gegenüber den Symptomen gesellschaftlicher Dekadenz, dem außenpolitischen Attentismus, dem Rationalismus und Universalismus – nur ein beschränktes Maß an Gemeinsamkeiten existiert.

Rainer Zitelmann und die Idee einer „Neuen Demokratischen Rechten"

Ohne Zweifel hätte das Thema „Neue Rechte" niemals jenes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit erlangt, das ihr bis heute zukommt, wenn nicht die politische Entwicklung Anfang der neunziger Jahre entscheidend zu dem Eindruck beigetragen hätte, daß dieses „Meinungslager"[71] in eine entscheidende Position rücken könnte. Bezeichnend ist, daß die Linke damals eine „Wiedervereinigungskrise" ausmachte; ein Begriff, der sich nicht auf die faktischen Probleme beim Aufbau der neuen Bundesländer oder die Bewältigung der Jahrzehnte dauernden Spaltung bezog, sondern auf den eigenen Machtverlust.

Die Rehabilitierung des nationalen Arguments und das Scheitern des Sozialismus als gesellschaftlicher Alternative lösten eine Depression aus, von der aber merkwürdiger Weise auch die Mitte befallen wurde, die eben noch als Siegerin der Geschichte auftrat. Die Liberalen sahen sich unvermutet mit nagenden Selbstzweifeln konfrontiert. Schon die Fragestellungen der bürgerlichen Feuilletons signalisierten das Maß der Irritation: „Fehlt uns der Feind?", konnte die „Offene Gesellschaft mit offener Flanke" überleben[72]? Und im Rahmen der Fukuyama-Debatte um ein „Ende der Geschichte" äußerte der amerikanische Soziologe Allan Bloom die Befürchtung, daß man nicht nur nicht dem *post-histoire* entgegen gehe, sondern vor eine ganz neue Herausforderung gestellt sei: „Der Faschismus wurde zwar auf dem Schlachtfeld besiegt, aber seine dunklen Möglichkeiten wurden nicht bis zum Ende ausgeschöpft. Sucht man nach einer Alternative, dann bleibt keine andere Möglichkeit, die man ins Auge fassen könnte. Wir sind der Auffassung, daß der Faschismus Zukunft hat, wenn er nicht gar *die* Zukunft ist."[73]

Die gedrückte Stimmung, die sich damals in tonangebenden Kreise verbreitete, erklärt viel von der eminenten Wirkung, die Botho Strauß mit seinem zuerst am 8. Februar 1993 im *Spiegel* veröffentlichten Essay *Anschwellender Bocksgesang* haben sollte. Strauß, von dem man schon länger wissen konnte, daß ihn seine elitäre Sicht der Dinge nicht nur auf das Repertoire der traditionellen deutschen Kulturkritik zurückverwiesen hatte, sondern notwendig nach „rechts" trieb, veröffentlichte mit dem *Bocksgesang* einen Text, der gerade von außen als Manifest einer „Neuen Rechten" betrachtet wurde. Allerdings konnte von hier keine unmittelbare politische Wirkung erwartet werden, weshalb umgehend ein Zusammenhang konstruiert wurde zwischen der Veröffentlichung des *Bocksgesangs* und „... einigen jungen Männern um Rainer Zitelmann"[74].

Auch im Fall Zitelmanns spielt eine Rolle, daß er ursprünglich politisch auf der Linken beheimatet war und bis zum Ende der achtziger Jahre eigentlich nur

dadurch vom *mainstream* abweichende politische Auffassungen anzeigte, daß er zu einer heterodoxen Interpretation des Nationalsozialismus[75] neigte und mehr oder weniger offen für die Wiedervereinigung Partei nahm. Das änderte sich mit seinem Entschluß, die wissenschaftliche Laufbahn aufzugeben und im Frühjahr 1992 eine Stelle als Cheflektor des Ullstein-Verlags anzutreten. Dieses einflußreiche Haus war bis dahin nicht durch eine prononciert „rechte“ oder konservative Linie hervorgetreten, was sich unter der Ägide Zitelmann änderte, der mit dem Rückhalt des an Ullstein beteiligten Münchener Verlegers Herbert Fleissner agieren konnte.

Durch eine ganze Reihe von Titeln – Monographien[76] und Sammelbänden[77] – versuchte Zitelmann ein neuartiges Programm zu gestalten, ausgerichtet auf einen moderaten Revisionismus in der Zeitgeschichtsforschung, Stärkung des deutschen Nationalbewußtseins und des politischen Realismus. Mit Hilfe der Reihe *Ullstein Report* sollte außerdem auf tagesaktuelle Themen Bezug genommen werden, wobei der Versuch eine große Rolle spielte, eine öffentliche Debatte über die notwendige Bewältigung der DDR-Vergangenheit zu erzwingen. Was dem ganzen aber erst seine Wirkung verlieh, war Zitelmanns Neigung zum gezielten Regelverstoß, seine Fähigkeit, die Linke gleichmäßig und gekonnt zu provozieren.

Glotz, auch hier ein aufmerksamer Beobachter, sprach im Hinblick auf diejenigen, die sich Zitelmann anschlossen, von „Normalisierungsnationalisten“[78], ein insofern treffender Begriff, als die Sehnsucht nach politischer „Normalität“ tatsächlich das heimliche Grundmotiv für die politischen Ziele dieser Gruppe war. Zitelmann selbst zog „Neue Demokratische Rechte“[79] vor und versuchte einen Fokus für alle diejenigen zu schaffen, die innerhalb des Verfassungsbogens danach strebten, eine politische Alternative rechts der Mitte zu bestimmen und den Einfluß der „Ideen von ’68“ durch den der „Ideen von ’89“[80] zu verdrängen. Er fand mit dieser Forderung nicht nur Zustimmung in Teilen der Union und bei den Volkskonservativen[81], sondern auch in der FDP.

Daß Zitelmann sich schließlich den Freidemokraten durch Beitritt anschloß, hing nicht zuletzt mit dem Beispiel erfolgreicher rechtsliberaler Parteien in Dänemark, den Niederlanden, Österreich und Italien zusammen. Es spielte außerdem eine Rolle, daß man glauben durfte, in der kleinsten bürgerlichen Partei den geringsten Widerstand zu finden, falls man nur entschlossen genug auftrat. Tatsächlich irritierten die „Nationalliberalen“ um Zitelmann und den ehemaligen Generalbundesanwalt Alexander von Stahl Öffentlichkeit und FDP-Führung nachhaltig, konnten aber auch auf dem begrenzten Berliner Raum, dessen Übernahme sie planten, keinen dauernden Erfolg erzielen.

Dieser Rückschlag war nur einer unter mehreren für die Gruppe um Zitelmann, der 1993 Ullstein verließ, um als Leiter des Ressorts „Geistige Welt“ in die Redaktion der *Welt* einzutreten. Zusammen mit zwei anderen Mitarbeitern, Heimo Schwilk und Ulrich Schacht, unternahm er jetzt den Versuch, das Blatt zu

einer neuen politischen Ausrichtung zu bringen. Dieses Bemühen scheiterte aber an verschiedenen Faktoren, unter denen der interne Widerstand von Mitarbeitern der *Welt* der wichtigste gewesen sein dürfte. Sie reagierten zunehmend gereizt auf die Aktivitäten Zitelmanns, die ihren Kulminationspunkt in einer großen Kampagne[82] zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, dem 8. Mai 1995, erreichten. Bereits im Vorfeld wurde mit außerordentlicher Schärfe eine Debatte über den Appell „Gegen das Vergessen" geführt, die in der Äußerung von Ignatz Bubis, des damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, gipfelte, es handele sich bei den Unterzeichnern des Aufrufs auch um „... Ewiggestrige, die am liebsten alles, was zwischen '33 und '45 passiert ist, fortsetzen würden – vielleicht in einer gemäßigteren Form, ohne gleich Völkermord zu betreiben"[83]. Daß die von Anhängern wie Gegnern Zitelmanns mit außerordentlichen Erwartungen[84] verknüpfte Veranstaltung zum 8. Mai nach dem Rückzug des Hauptredners Alfred Dregger[85] nicht stattfinden konnte, hat der ganzen Bewegung entscheidendes von ihrem Elan genommen und der Gegenseite den Mut eingeflößt, ihren unerwartet großen Erfolg zu nutzen[86]. Eine wichtige Rolle spielten außerdem die Veränderungen im wirtschaftlichen Gefüge des Springer-Konzerns, aus dem Fleissner ausschied.

Das Scheitern der Veranstaltung zum 8. Mai hatte eine Signalfunktion, da es zeigte, daß die Neue Demokratische Rechte keinen ausreichenden Rückhalt im bürgerlichen Lager besaß, daß Zitelmanns Versuch, sehr heterogene Gruppen – von der Schmidt-SPD über die Nationalliberalen und Teile der Union bis zu den Konservativen – in der Aktion zu vereinen, nicht über den Mangel an „Weltanschauung" hinwegtäuschen konnte und daß der Gegner keineswegs bereit war, die prinzipielle Legitimität einer wie immer positionierten „Neuen Rechten" anzuerkennen. Indikatoren für diese eigenartige Schwäche hatte es trotz der außerordentlichen Medienwirksamkeit von Zitelmanns Aktionen auch schon vorher gegeben: Abzulesen an der Verhinderung der Präsidentschaftskandidatur Steffen Heitmanns im November 1993, dem explizit vorgeworfen wurde, die Ideen der „Neuen Rechten" zu vertreten, ebenso wie an dem folgenlosen Versanden einer Artikelserie zum Thema „What's right", die die *FAZ* im April 1994 eröffnete und zwei Monate später beendete, nachdem man schon vorher aus Ängstlichkeit kaum Vertreter der rechten Intelligenz hatte zu Wort kommen lassen.[87]

Die Folge der scheinbar nur punktuellen Niederlage war deshalb eine immer weitergehende Verschärfung des Kurses gegenüber dem schon geschlagenen Feind. Hatte man es in der vorangegangenen Zeit noch für ausreichend gehalten, die „neue konservative Intelligenz"[88] als solche zu bekämpfen, hielt man es jetzt bis in die liberalen Blätter für notwendig, die Betreffenden als „rechtsradikal" oder schlimmeres zu apostrophieren. Mit großem Aplomb verkündete der niedersächsische Innenminister wenige Tage nachdem die Münchener Veranstaltung abgesagt worden war, daß die „Neue Rechte" durch den Verfassungsschutz beobachtet werden sollte, da nicht ausgeschlossen werden könne, daß die Unterzeich-

ner des Aufrufs „Gegen das Vergessen“ dem organisierten Rechtsextremismus intellektuell Vorschub leisteten.[89]

Der rationale Kern dieses Verhaltens politisch einflußreicher Kreise lag in der Angst begründet, daß die von der Neuen Demokratischen Rechten betriebene Aufkündigung des „antinazistischen Konsenses“ und der „Westbindung“[90] – wobei es tatsächlich um die Wiederherstellung des „antitotalitären Konsenses“ (der notwendig den Kampf gegen die extreme Linke einschloß) und die Formulierung einer neuen außenpolitischen Linie für die „Berliner Republik“ ging – eine grundsätzliche Machtverschiebung bedeutet hätte. Daran war niemand interessiert: die Linke nicht, die sich zu einer mehr als partiellen Vergangenheitsbewältigung gezwungen sehen hätte, und die Mitte nicht, die „ihren“ Sieg von 1989 verstanden wissen wollte als Ergebnis einer kontinuierlichen politischen Entwicklung, die mit der Politik Adenauers begann und mit derjenigen Helmut Kohls ihr Ziel fand. Es gehörte zu den nachhaltigen Irritationen innerhalb der Neuen Demokratischen Rechten, daß gerade diejenigen Führer der Union, allen voran Wolfgang Schäuble, deren Auffassungen die größte denkbare Schnittmenge mit ihren eigenen aufwiesen, aus rein taktischen Erwägungen auf Distanz gingen.

Was im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Neue Demokratische Rechte gelegentlich als Wiederkehr von Weimarer Verhältnissen bezeichnet wurde, hatte im Grunde nur zu tun mit der Herstellung des gewöhnlichen politischen Pluralismus, der sich entgegen einem tief eingewurzelten deutschen Harmoniebedürfnis durch die *Unterschiedlichkeit* der Anschauungen auszeichnet. Der von den Medien absichtsvoll panisch kommentierte „Rechtsruck“ erwies sich bei näherer Betrachtung als eine sehr moderate Korrektur jener Linksverschiebung des Koordinatensystems, die über drei Jahrzehnte hinweg vonstatten gegangen war.

Theoretische Ansätze zur Interpretation der Neuen Rechten

Wenn man auf die politische Entwicklung der vergangenen zehn Jahre zurückblickt, wird man feststellen, daß sich die wichtigsten Strömungen der „Neuen Rechten", die volkskonservative und die nationalliberale, von ihren Niederlagen bis heute nicht erholt haben. Zwar gab es einzelne Erfolge – der Rückzug der sogenannten Wehrmachtsausstellung war nicht zuletzt dem Druck zu verdanken, der von Kräften aus ihren Reihen ausgeübt wurde –, aber im großen und ganzen läßt sich nur eine negative Bilanz ziehen, bei der bestenfalls die Stabilisierung einiger Segmente als Positivum zu vermerken ist.

Diese Situation ist nur in geringem Maße selbstverschuldet, vielmehr zurückzuführen auf Prozesse, die kaum beeinflußbar waren (das betrifft vor allem das Ausscheiden vieler Älterer und den mangelnden Nachwuchs aus jenen Jahrgängen, die den Achtundsechzigern zuzurechnen sind) oder sich durch den anhaltenden oder sukzessiv verstärkten öffentlichen Druck erklären. Tatsächlich gelang es bis dato weder, die „Auschwitzkeule" ihrer Wirksamkeit zu berauben, noch überhaupt dem Verdikt „rechts" etwas von seiner Schärfe zu nehmen. Das ist um so irritierender, als tatsächlich die Wahrnehmung der politischen Probleme selbst zu einer Verschiebung der politischen Argumentation nach „rechts" geführt hat. Alle möglichen Themen, die von den „Neuen Rechten" in den vergangenen zwanzig Jahren angesprochen wurden, diskutiert man heute mit großer Unbefangenheit (Souveränität, Problematik der Zuwanderung, Geopolitik, multipolare Weltordnung etc.), ohne daß aber deren Vertreter davon ideologisch profitieren könnten. Vielmehr sehen sie sich nach wie vor von wichtigen Debatten ausgeschlossen.

Für das sichere Funktionieren dieses Ausschlusses ist vor allem die Verwendung des Begriffs „Neue Rechte" ausschlaggebend. In der Hauptsache sind vier Interpretationen zu unterscheiden:

– Die „Identitätstheorie", der zu Folge es eine „Neue Rechte" gar nicht gibt. Gemäß dieser Auffassung handelt es sich nur um eine Reformulierung der Positionen, die schon die Alte Rechte vertreten hat, – beide sind Ausdrucksformen desselben, im Kern unveränderten, Rechtsextremismus.[91] In letzter Konsequenz wird hier behauptet, daß eine tendenzielle ideologische Einheit existiere, die von den Skinheads bis zum bürgerlichen Feuilleton reiche.[92] Das in dem Zusammenhang häufig bemühte Bild vom „Biedermann" und den „Brandstiftern" oder die seltsame Formel „Extremismus der Mitte"[93] erklären aber selbst bei oberflächlicher Betrachtung gar nichts. Es handelt sich im Grunde nur um eine „antifaschistische" Argumentation, die von der äußersten Linken immer wieder genutzt

worden ist, nicht, um die äußerste Rechte, sondern um *jeden* politischen Gegner zu treffen.[94]

– Kaum verschieden von dieser Auffassung ist die „Agententheorie“, die behauptet, daß die „Neue Rechte“ als Bindeglied – bevorzugt: „Scharnier“ [95] – zwischen dem offenen Rechtsextremismus und dem demokratischen Konservatismus fungiere[96]. Diese vor allem von Wolfgang Gessenharter[97] und Armin Pfahl-Traughber[98] vorgetragene Anschauung lebt von der Vorstellung, daß es einen geheimen *masterplan* der rechten Intelligenz gebe, die sich wahlweise einer Knüppelgarde oder bürgerlicher Reputierlichkeit bediene, um ihre Ziele zu erreichen (worin die genau bestehen, liegt übrigens auch für die Verfechter der Theorie im Dunkeln).

– Ähnlich unbrauchbar ist die „Kontinuitätstheorie“, der zu Folge die in den achtziger und neunziger Jahren entstandene „Neue Rechte“ einfach nur eine Fortsetzung der älteren nationalrevolutionären Ansätze oder eine Variante der französischen *Nouvelle Droite* sei. Wie bereits erwähnt, gibt es faktisch keinen Zusammenhang mit den Nationalrevolutionären oder Solidaristen, deren Zeitschriften oder Organisationen, und allein das Fehlen einer deutschen Parallelorganisaton zum GRECE (das in den frühen achtziger Jahren von Pierre Krebs gegründete „Thule-Seminar“ gilt als häretisch und ist ohne breitere Wirkung) sollte zu Denken geben.

– Bleiben also die Vorschläge diskussionswürdig, die sich um eine präzisere Erfassung der „Neuen Rechten“ bemühen. Auch unter den Verfechtern dieser „Pluralitätstheorie“ gibt es Differenzen, aber im Kern teilen sie die Auffassung von Uwe Backes und Eckhard Jesse, wonach der Terminus „Neue Rechte“ nur sinnvoll zu verwenden sei, im Hinblick auf „... intellektuelle Zirkel, die eine Modifizierung im Sinne von Modernisierung der Grundpositionen seitens der ‚alten Rechten‘ in die Wege leiten“[99]. Diese Bestimmung hat den großen Vorteil, die Geschichte der politischen Rechten insgesamt als eine dauernde Ablösung von „alten“ durch „neue“ Positionen zu beschreiben[100], so daß ein Aspekt deutlicher hervortritt, der sonst ganz übersehen zu werden droht, und auf den Stefan Breuer, der sich in mehreren grundlegenden Arbeiten mit der Geschichte der Rechten befaßt hat, ausdrücklich hinweist: die Tatsache, daß es *die* Rechte im strengen Sinn nicht gibt, sondern eine Vielzahl von Rechten, mehr oder weniger selbständigen Strömungen, deren Divergenz nicht nur scheinbar oder vorgetäuscht, sondern eine Tatsache ist.[101]

Die politische Auseinandersetzung

Die Annahme eines solchen Binnenpluralismus – der für Weltanschauungen nicht die Ausnahme, sondern den Normalfall darstellt – ist allerdings ein Hindernis, wenn man die Beschäftigung mit den „Neuen Rechten" nur als Teil der politischen Gegnerbekämpfung betrachtet. Darin liegt wahrscheinlich der Hauptgrund, warum sich die theoretisch sauberste Bestimmung des Begriffs „Neue Rechte" kaum durchsetzt. Man kann das selbstverständlich unter Hinweis darauf erklären, daß politische Begriffe niemals „rein" sind, das heißt, daß ihnen nicht oder nicht nur eine die Wirklichkeit erschließende Bedeutung zukommt, sondern auch eine abgrenzende, polemische. Die polemische Dimension gehört allen politischen Begriffen wesentlich zu[102], aber wer Anspruch darauf erhebt, nicht oder nicht nur Ideologie zu treiben, muß den Sachverhalt wenigstens reflektieren, und es kann keinesfalls akzeptiert werden, wenn staatliche Behörden den Begriff „Neue Rechte" ausschließlich oder vorherrschend in diesem polemischen Sinn verwenden.

Vor allem die sozialdemokratisch geführte Regierung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen beharrt darauf, einen Schwerpunkt der Arbeit ihres Landesamtes für Verfassungsschutz in der Bekämpfung der „Neuen Rechten" zu sehen. Dieses Vorgehen wird explizit unter Berufung auf die oben skizzierte Identitäts- oder Agententheorie gerechtfertigt. So heißt es in einer aktuellen – fast einhundertsechzig Seiten umfassenden – Broschüre des nordrhein-westfälischen Innenministeriums über die „Neue Rechte", diese werde durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

– „der intellektuelle Anspruch;
– der Rückgriff auf antidemokratische Theoretiker der Weimarer Republik (Konservative Revolution);
– der Versuch, gesellschaftliche Diskurse zu prägen und Begriffe zu besetzen (Gewinnung der ‚kulturellen Hegemonie'), somit der Bezug auf die strategischen Ansätze des italienischen Marxisten Antonio Gramsci;
– das Bemühen um eine ‚Erosion der Abgrenzung' zwischen rechtsextremistischen und demokratischen Kräften, um Ersteren mehr Einfluß und Ansehen zu verschaffen;
– die informelle Struktur, da sich die Neue Rechte vorwiegend in Diskussionsrunden und im Umfeld publizistischer Projekte formiert"[103].

Was bei dieser Kriterienliste sofort auffällt, ist ihre inhaltliche Dürftigkeit. Die Punkte 1, 3 und 5 beziehen sich auf formale Aspekte und sind gar keine spezifischen Kennzeichen irgendeiner politischen Tendenz, sondern aller Kräfte, die im politischen Wettbewerb stehen. Wenn man die eigene Berufung auf den „Pluralismus" ernst nähme, müßte man zugeben, daß der Versuch von Gruppen oder ein-

zelnen, geistigen Einfluß zu gewinnen, zu den notwendigen Voraussetzungen jenes Pluralismus gehört, der nur vorhanden sein kann, wenn es *verschiedene* Auffassungen gibt, die um die Macht – auch die geistige Macht – konkurrieren. Bliebe also der Vorwurf, sich auf die Denker der Konservativen Revolution zu beziehen und die vielbeschworene „Erosion der Abgrenzung“[104]. Dabei wird man der These vom Vorbildcharakter der Konservativen Revolution vor allem zweierlei entgegenhalten müssen: Unrichtigkeit und Ungerechtigkeit. Unrichtigkeit insofern, als es erwiesenermaßen keine Kontinuität von der Konservativen Revolution zu den „Neuen Rechten“ der Nachkriegszeit gibt. Wenn eine Rezeption stattfand und stattfindet, ist diese auf Teilaspekte beschränkt. Nicht einmal die Nationalrevolutionäre der siebziger Jahre dachten an eine Übernahme von „Modellen“, sondern pflegten eine politische Romantik, die der der Linken in vielen Zügen ähnlich war. Unter den „Neuen Rechten“ der achtziger und neunziger Jahre orientierten sich nur die Volkskonservativen stärker an Traditionen der Konservativen Revolution und zwar vorzugsweise an zwei Strängen: dem Widerstand (insbesondere des Stauffenberg-Kreises und anderer konservativer Gruppen, etwa derjenigen von Edgar J. Jung) und gewissen Ideen der Jungkonservativen aus der Zwischenkriegszeit.[105] Deren Haltung zur Weimarer Republik war – anders als die unkritisch immer wiederholte These von den „Wegbereitern“[106] wissen möchte – eine grundsätzlich wohlwollende[107], die sich nur in dem Maße zum Negativen verschob, als die parlamentarische Demokratie unfähig blieb, die politische Krise zu bewältigen.

Wenn hier zum zweiten Ungerechtigkeit festzustellen ist, dann insofern, als mit doppeltem Maß gemessen wird. Betrachtet man die Berufung auf Denker der Konservativen Revolution als inkriminierend, bleibt zu fragen, wieso das im Fall des positiven Rekurses in bürgerlichen Blättern nicht geschieht, oder warum der Verlag, der die Werke Carl Schmitts bis heute nachdruckt, nicht im Verfassungsschutzbericht auftaucht. Vor allem aber irritiert, daß weder linke Umsturzfolklore (zum Beispiel in Gestalt des allgegenwärtigen Che Guevara) noch die wohlwollende Auseinandersetzung mit linken Vordenkern wie zum Beispiel Karl Marx als prinzipiell verdächtig gilt, obwohl deren Ideale wenig mit denen des heutigen Verfassungsstaates zu tun hatten.

Bleibt also schließlich die Behauptung, die Neue Rechte sei bestimmt durch „… das Bemühen um eine ‚Erosion der Abgrenzung‘ zwischen rechtsextremistischen und demokratischen Kräften, um Ersteren mehr Einfluß und Ansehen zu verschaffen“. Der Nachweis für die Richtigkeit dieser Annahme wird auf folgenden Wegen gesucht: dadurch, daß man Gruppierungen, die tatsächlich „extremistisch“ sind, also die gewaltsame Beseitigung der bestehenden Verfassungsordnung anstreben, der „Neuen Rechten“ zuschlägt und im übrigen behauptet, daß in einzelnen – allerdings entscheidenden – Fällen die Ablehnung des Extremismus als „Tarnung“[108] betrachtet wird.

Schon im ersten Fall erscheint es müßig, eine Debatte über Kategorien der

Zuordnung zu führen, wenn nicht anerkannt wird, daß die offene Ablehnung des bestehenden Staates und die offene Anerkennung des bestehenden Staates die Zurechnung zu *prinzipiell* verschiedenen politischen Bewegungen zwingend gebietet. Wer diese Differenzierung verweigert, hat offensichtlich kein Erkenntnisinteresse, sondern das Bedürfnis, ein möglichst scharf konturiertes Feindbild zu schaffen.

Was allerdings noch schwerer wiegt, als diese Verwischung terminologischer Klarheit, ist die Behauptung, daß sogar das explizite Bekenntnis zur Ordnung des Grundgesetzes keineswegs salviere. Als Beleg für die Annahme, daß dieses nicht ernst gemeint sei, sondern der Vorbereitung des Systemwechsels diene, wird immer wieder eine fast zwanzig Jahre alte Formulierung von Karlheinz Weißmann herangezogen, die sich auch in der erwähnten Broschüre des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes ausdrücklich und hervorgehoben zitiert findet[109]: „Die Fähigkeit, in die Offensive zu gehen, muß entwickelt werden und dazu die Fähigkeit, die Situation zu beurteilen: ob hier der offene Angriff oder politische Mimikry gefordert ist.“[110] Nüchtern betrachtet, enthält diese Formel nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit der politischen Auseinandersetzung, – je nach den Umständen hat der Verfechter einer Auffassung zu entscheiden, ob er seine Meinung eher im Konflikt oder in der Anpassung an die gegebene Lage („Mimikry“ bedeutet in der organischen Welt nichts anderes als das) – durchsetzen will. Was aber viel entscheidender sein dürfte als das, ist die Tatsache, daß die Empfehlung Weißmanns den Konservativen gilt, und es wäre ohne Zweifel lächerlich, den entsprechenden Gruppierungen der „Neuen Rechten“ vorzuwerfen, daß sie ihre *konservativen* Ziele verheimlichten. An keiner Stelle ist in dem erwähnten Text davon die Rede, man solle eine darüber hinausgehende strategische Zielsetzung entwickeln, die von dieser weltanschaulichen Vorgabe abweicht.

Tatsächlich dient der ganze Vorwurf des ideologisch motivierten Betrugs der Etablierung jener Herrschaft des Verdachts, von der Hegel wußte, daß sie der Inquisition vorarbeitet: „... die Tugend aber, sobald sie verdächtig wird, ist schon verurteilt“[111]. Der unter Verdacht gestellte hat faktisch keine Möglichkeit, seine Unschuld zu beweisen: da man ihm keine Taten, sondern Gedanken zur Last legt, und ihm erklärt, daß man seiner Darlegung seiner Gedanken keinesfalls Glauben schenke, wird er – ganz gleichgültig, was er sagt oder tut – als grundsätzlich schuldig betrachtet.

Es bleibt die Frage, was diese Perfidie motiviert. Die Antwort hat man im Postulat der „Gefährlichkeit“ der „Neuen Rechten“ zu suchen. Tatsächlich gibt es neben den Üblichkeiten der politischen Gegnerbekämpfung eine tiefe Beunruhigung der Linken und der Mitte durch die Vorstellung, daß die Vorherrschaft ihrer Überzeugungen und Leitideen gefährdet sein könne. Und obwohl es keine machtvollen Organisationen auf der Rechten – hier verstanden im weitesten Sinne des Wortes – gibt, perhorresziert man eine ideologische Tendenz, die die eigene Deutungshoheit im weltanschaulichen Raum in Frage stellen könnte.

Weiter fürchtet man, daß jene Umgründung der Bundesrepublik, die sich seit dem Anfang der siebziger Jahre vollzog, in Frage gestellt werden könnte. Nur unter Anerkennung der Ergebnisse dieser Umgründung können etwa das Bekenntnis zum Nationalstaat, zur Notwendigkeit, den Einzelnen in Beziehung zum politischen Ganzen zu sehen oder zur Notwendigkeit der Elite als tendenziell verfassungsfeindlich beschrieben werden. Schon ein oberflächlicher Blick in das Grundgesetz belehrt darüber, daß dort als Souverän ein „deutsches Volk" behauptet wird (und keine „Gesellschaft"), daß dieses keineswegs als eine Menge von irgendwelchen Einzelnen, sondern als eine konkrete, geschichtlich gewordene Gemeinschaft gedacht ist, die ihren Bürgern Rechte verleiht, und es wäre wohl keinem der Verfassungsväter (nicht einmal unter den Sozialdemokraten) in den Sinn gekommen, den Begriff der politischen und rechtlichen Gleichheit so weit zu dehnen, daß die Differenzen zwischen Gruppen oder Einzelnen als solche bestritten worden wären.

Man kann hier wie an vielen anderen Stellen deutlich sehen, daß es in Deutschland Versuche gibt, eine Art Kritikverbot durchzusetzen[112]. Nun ist dieses Phänomen an sich nicht neu und eher typisch für machtgewohnte Gruppierungen, die Angriffe auf ihre eigene Position – aus psychologisch verständlichen Gründen – nicht nur nicht schätzen, sondern je länger je weniger für statthaft halten. Allerdings wird man die eminente Gefahr nicht unterschätzen dürfen, wenn diesen Anstrengungen dauerhafter Erfolg beschieden ist.

Tatsächlich gelang es in den vergangenen beiden Jahrzehnten in Deutschland, weltanschaulichen Positionen die Berechtigung zu nehmen, die nicht nur in der vorangegangenen Zeit als vollkommen legitim angesehen wurden, sondern heute noch in den übrigen Staaten der westlichen Welt so aufgefaßt werden. Ansichten eines amerikanischen Kommunitaristen über die Rolle des sozialen Zusammenhalts, eines britischen Konservativen über den Adel, eines französischen Gaullisten über die Souveränität oder eines dänischen Rechtsliberalen über die angemessene Ausländerpolitik, das alles fiele – auf deutsche Verhältnisse übertragen – wohl unter das Verdikt „rechtsextremistisch" oder wäre doch geeignet, einen entsprechenden „Anfangsverdacht" zu begründen.

Es ist relativ unwahrscheinlich, daß diejenigen, die den „Aufstand der Anständigen" oder die Kampagnen gegen die „Neue Rechte" zu verantworten haben, dieser Einschätzung zustimmen und sich eines besseren besinnen werden. Man muß ihnen deshalb entgegentreten: unter Berufung auf das Recht der Meinungsfreiheit und der Meinungsäußerungsfreiheit, in der politischen Diskussion ebenso wie auf dem Feld der juristischen Auseinandersetzung, wenn das notwendig sein sollte.

Fazit

– Die „Neue Rechte“ bildet keine Einheit.
– Wenn überhaupt, dann wäre von *den* „Neuen Rechten“ im Plural zu sprechen. Es handelt sich dabei um unabhängige intellektuelle Strömungen, die seit den sechziger Jahren entstanden und sich von den „Alten Rechten“ deutlich abgrenzten.
– Im einzelnen sind eine nationalrevolutionäre, eine volkskonservative und eine nationalliberale Bewegung zu unterscheiden.
– Die nationalrevolutionäre „Neue Rechte“ hat ihre Bedeutung schon vor längerer Zeit verloren.
– Die volkskonservative und die nationalliberale „Neue Rechte“ sehen sich seit geraumer Zeit scharfen Angriffen ausgesetzt.
– Dabei wird der Begriff „Neue Rechte“ regelmäßig in einem verzerrenden Sinn benutzt, angeblich, um den „Extremismus“ dieser Gruppierungen unter Beweis zu stellen, faktisch, um Zensur gegen mißliebige Auffassungen auszuüben. Hinter der Denunziation stehen jene Teile der politischen Linken, die an einem einheitlichen Feindbild festhalten und mit den „Neuen Rechten“ immer auch das bürgerliche Lager treffen wollen, um es an einer selbständigen weltanschaulichen Orientierung zu hindern.
– Ziel dieser Strategie ist es, vor allem konservative Positionen im Hinblick auf die Nation, das Sittengesetz und die staatliche Ordnung zu delegitimieren, deren Verankerung im Grundgesetz unbezweifelbar ist.

Anmerkungen

1 Vgl. Karlheinz Weißmann: Das „Gewissen“ und der „Ring“ – Entstehung und Entwicklung des jungkonservativen „Zentralorgans“ der Weimarer Republik, in: Hans-Christof Kraus (Hrsg.): Konservative Zeitschriften zwischen Kaiserreich und Diktatur. Fünf Fallstudien, *Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus,* Bd 4, Berlin 2003, S. 115–154, hier 129, bes. zu Anm. 84.
2 Vgl. vor allem die programmatischen Schriften Hermann Ullmanns: Das werdende Volk. Gegen Liberalismus und Reaktion, Hamburg 1929 und ders.: Die Rechte stirbt – es lebe die Rechte, Berlin 1931.
3 Vgl. Hans-Wilhelm Eckert: Konservative Revolution in Frankreich? Die Nonkonformisten der Jeune Droite und des Ordre Nouveau in der Krise der 30er Jahre, *Studien zur Zeitgeschichte,* Bd 58, München 2000, S. 52f. Vgl. auch die ältere Arbeit von Paul Sérant: Les dissidents de l’Action Française, Paris 1978.
4 Ein erster Beleg für die gleichzeitige Benutzung beider Begriffe bei Alexander Epstein: Zur Strategie und Taktik des nationalrevolutionären Kampfes, in: *Junges Forum* 8 (1971) 5, S. 8.
5 Vgl. Hartwig Singer [d. i. Henning Eichberg]: Nationalismus ist Fortschritt. Eine Studie über die jungen fortschrittlichen Nationalisten in Frankreich um die Zeitschrift Europe-Action, *Junges Forum* 4 (1967) 1.
6 Vgl. Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten, Freiburg i. Br. 1975, S. 146.
7 An dieser Stelle war das Zitat jener Gruppierung des „Neuen“, „Soldatischen“, „Revolutionären Nationalismus“, der sich in den zwanziger Jahren um die Brüder Ernst und Friedrich Georg Jünger gesammelt hat, sicher kein Zufall; vgl. auch Axel Malde: Zur Geschichte der nationalrevolutionären Bewegung in Deutschland, *Junges Forum* 8 (1971) 4) und Michael Meinrad (Hrsg.): Klassiker des Neuen Nationalismus, *Junges Forum* 9 (1972) 4. Die Faszination durch die „linken Leute von rechts“ ist ohne Zweifel eine Tatsache in allen Strömungen der „Neuen Rechten“.
8 Henning Eichberg: Abkoppelung. Nachdenken über die neue deutsche Frage, Koblenz 1987, S. 24.
9 Vgl. den autobiographischen Abriß Henning Eichberg: Volk, folk und Feind. Grenzüberschreitungen – und eine umstrittene politische Biographie, in: *Wir selbst* 19 (1998) 1, S. 24–53, hier S. 33–36.
10 Vgl. Hartwig Singer [d. i. Henning Eichberg]: Logischer Empirismus, in: Europäischer Nationalismus ist Fortschritt, *Junge Kritik,* Bd 3, Hamburg 1973, S. 88–132.
11 Henning Eichberg: Ethnopluralismus, *Junges Forum* 10 (1973) 5.
12 Zur These vom „okzidentalen Syndrom“ vgl. Henning Eichberg: „Mondsucht“. Zur Zeitgeschichte der Technik und des okzidentalen Syndroms. Ein Gespräch mit Hermann Oberth, *Junges Forum* 10 (1973) 2.
13 Henning Eichberg: Rez. von Hans Magnus Enzensberger (Hrsg.): Kursbuch 13, in: *actio* 4 (1968) 2/3, S. 30.
14 Vgl. Karl-Heinz Pröhuber: Die nationalrevolutionäre Bewegung in Westdeutschland, Hamburg o. J., S. 31f.
15 Vgl. G. Gundlach: Art. „Solidarismus“, in: *Staatslexikon,* Bd 4 (^{5}1931), Sp. 1613-1621.
16 Lothar Penz: Grundsätze und Ziele national-progressiver Politik [1968], als Manuskript gedruckt, S. 10. Leider wenig erhellend sind die „Erinnerungen“ von Penz, vgl. ders.: Die 68er sogenannte Neue Rechte und die amputierte Republik von 1998, in: *Wir selbst* 19 (1998) 3-4, S. 84-87.
17 Der Verfassungsschutz stellte die Beobachtung Ende der siebziger Jahre ein. Im Verfassungsschutzbericht von 1977 wurde die „Neue Rechte“ zum letzten Mal explizit erwähnt. Vgl. Der Bundesminister des Inneren (Hrsg.): betrifft: Verfassungsschutz 1977, Bonn 1978, S. 44: „Nur noch insgesamt etwa 200 Personen gehören der ‚Neuen Rechten‘ an. Nennenswerte politische Aktivitäten in der Öffentlichkeit waren – wie schon seit Jahren – auch 1977 nicht mehr festzustellen.“ Eine wesentliche Ursache sah man in den „ideologischen Wirrnissen“, die die verschiedenen ideologischen Entwürfe ausgelöst hätten.
18 Im Sommer 1980 wurde die Zeitschrift der SVB *Sol* mit derjenigen der SdV-NRAO *Neue Zeit* unter dem Namen *Neue Zeit* vereinigt.
19 Vgl. Pröhuber, Bewegung, S. 39, auch zu Anm. 11.
20 NN: Das Nationalrevolutionäre Programm und Manifest, *Neue Politik,* Nr. 2, München 1978.
21 Vgl. die – im übrigen verblüffend differenzierte – Einschätzung bei Hartmut Reese: Protagonisten der „nationalen Identität“: die Nationalrevolutionäre, in: *Frankfurter Hefte* 39 (1984) 6, S. 13–20, bes. S. 17.
22 Vgl. Günter Bartsch: Von der Neuen Rechten zum NR-Marxismus, in: *Frankfurter Hefte* 36 (1981) 12, S. 71–73, bes. S. 72f.
23 Vgl. ein flugblattartiges, vierseitiges Pamphlet mit dem Titel „NR-Kontrovers: Für die Nation: Kampf gegen Rechts!“, das sich vor allem gegen Bernhard (sic) Willms und Hans-Dietrich Sander wandte.
24 Ähnlich wie bei den Solidaristen hatte es auch im Falle des NRKA Versuche gegeben, Einfluß auf die sich organisierenden Grünen zu gewinnen, was dann entsprechend heftige Reaktionen bei der Parteilinken auslöste. Eine Dokumentation aus Sicht der Nationalrevolutionäre liegt vor in Gestalt von Armin Krebs (Hrsg.): Nationalrevolutionäre – Grüne. Eine Dokumentation über die Hintergründe eines Parteiausschlußverfahrens, Menden/Sauerland o. J. Die Gegenperspektive liefert Die Grünen – Baden-Württemberg (Hrsg.): „Rechte

Grüne“, Stuttgart 1982. Eine gewisse Hellsichtigkeit ist auch der Bemerkung von linker Seite nicht abzustreiten, „… daß die NR die Fehler der (in Parteien oder sonstigen Kadern) organisierten Linken unbedingt alle wiederholen möchten“; SV: Deutschtümelei und soziale Revolution. Teil 2: Nationalrevolutionäre heute, in Nordkurier. Zeitschrift für das östliche Niedersachsen, 2 (August/September 1983) 4, S. 45–48, hier S. 48.

25 Die Zeitschrift erschien seit 1980 in relativ professioneller Aufmachung, ab Ende 1985 nur noch in hektographierter und gehefteter Version. Im Verlauf des Jahres 1988 fand eine grundsätzliche Neuorientierung statt, die mit dem Ausscheiden der ehemaligen *Aufbruch*-Redaktion und der Umbildung des NRKA in die „Politische Offensive“ endete, die ab Nr. 11/12 des Jahrgangs 7 (1987) den *Aufbruch* übernahm und im oben skizzierten Sinne ausrichtete; die linke Minderheit schloß sich in einer – kurzlebigen – Gruppierung „Neue Perspektiven“ zusammen. Mit Nr. 3/4 des Jahrgangs 1988 stellte der *Aufbruch* sein Erscheinen ein.

26 Er publizierte und publiziert nach wie vor in der seit 1979 erscheinenden Zeitschrift *Wir selbst,* die in gewissem Sinn als „Hausorgan“ Eichbergs wirkt, allerdings – trotz entsprechender Wurzeln – nur noch sehr bedingt als „nationalrevolutionär“ anzusprechen ist.

27 Ausgelöst durch den Artikel von Ulrich Völklein: „Die roten Nazis“ – Die Neue Rechte tritt mit einem linken Programm auf, in: *Der Stern* (1982) 10, S. 98–106.

28 Eichberg arbeitet heute am Institut für Sport- und Kulturforschung Idrtsforsk in Gerlev auf der Insel Seeland. Er war 1970 im Fach Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum promoviert worden, 1976 folgte die Habilitation in Historischer Verhaltensforschung an der Universität Stuttgart. Er lehrte als Professor an den Universitäten Odense und Kopenhagen und gehörte zu den Mitbegründern des *Institut International d'Anthropologie Corporelle* (Rennes). Da es keine gründliche wissenschaftliche Arbeit über Eichberg gibt, bleibt man in vieler Hinsicht angewiesen auf die – wenngleich denunziatorische – Untersuchung von Frank Teichmann: Henning Eichberg – nationalrevolutionäre Perspektiven in der Sportwissenschaft. Wie politisch ist die Sportwissenschaft?, *Europäische Hochschulschriften,* Reihe 22, Bd 211. Frankfurt a. M. 1991.

29 Er verfocht außerdem die Aufnahme von Kontakten zur PDS – an Stelle der Grünen – als deutscher Schwesterpartei, vgl. Henning Eichberg: Hoffnungen auf die PDS?, in: *Wir selbst* 19 (1998) 2, S. 43–45, hier S. 45.

30 Man kann das sehr gut erkennen an einem Beitrag für eine linke Zeitschrift, nämlich Henning Eichberg: Kommen die alten Götter wieder? Germanisches Heidentum im 18./20. Jahrhundert – Zur Genese alternativer Mythen, in Hans Peter Duerr (Hrsg.): Unter dem Pflaster liegt der Strand, Bd 13, Berlin 1984, S. 7–54. Als Pendant ders.: Opfermythen, Tätermythen. Über Volk und identitäre Bilder – besonders in Deutschland, in: *Wir selbst* 20 (1999), S. 13–17.

31 Deutlich erkennbar an der Schriftenreihe *Langen-Müller Paperbacks,* in der zuerst eine Arbeit von Henning Eichberg: Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, München 1978, erschien, dann ein Buch von Wolfgang Strauss: Nation oder Klasse. 60 Jahre Kampf gegen die Oktoberrevolution, München 1978, eine Übersetzung aus *Nouvelle École* Robert de Herte (d. i. Alain de Benoist) und Hans-Jürgen Nigra: Die USA. Europas mißratenes Kind, München 1979 und schließlich noch die Untersuchung von Uwe Sauermann: Ernst Niekisch. Zwischen allen Fronten. Mit Beiträgen von Armin Mohler, München 1980. Nachdem die Reihe eingestellt worden war, fand sie eine Art Fortsetzung in der *edition d* des Sinus-Verlags mit Titeln wie Uwe Sauermann (Hrsg.): Ernst Niekisch – Widerstand, Bd 3, Krefeld 1982, oder Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts, Bd 6, Krefeld 1985.

32 Vgl. Hartwig Singer [d. i. Henning Eichberg]: Manifest Neue Rationalität, in: Leistungsgemeinschaft, *Junge Kritik,* Bd 2, Hamburg 1971, S. 84–120. Wie stark der Vorbehalt gegenüber Eichbergs „Modernismus“ von Anfang an war, kann man verschiedenen Beiträgen in Nationalismus heute, *Junge Kritik,* Bd 2, Hamburg 1970, entnehmen.

33 Nachdem Eichberg 1975 seinen letzten Beitrag für *Junges Forum* geschrieben hatte, wurden die dort veröffentlichten Beiträge zusehends konventioneller, so daß die Zeitschrift phasenweise von einer konservativen nicht zu unterscheiden war, allerdings blieb der „nationalistische“ Zug sehr deutlich erhalten.

34 So schon in Hartwig Singer [d. i. Henning Eichberg]: Mai 68. Die französischen Nationalisten und die Revolte gegen die Konsumgesellschaft, *Junges Forum* Sonderausgabe 6 (1969) 1.

35 Armin Mohler: Die französische Rechte heute, in: *Zeitschrift für Politik* NF 15 (1969), S. 40–47, hier S. 47.

36 So die Formulierung im Vorwort zur 1977 erschienenen Erstausgabe von Alain de Benoist: Vu de droite. Anthologie des idées contemporaines, Paris 2001, S. 26. In einer stärker veränderten deutschen Übersetzung dieses Vorwortes heißt es – nachdem der Begriff von außen geprägt worden war – explizit „neue Rechte“: Alain de Benoist: Die alte und die neue Rechte, in ders. (Hrsg.): Kulturrevolution von rechts, *edition d,* Bd 6, Krefeld 1985, S. 13–38.

37 Das hat den Doyen der Erforschung der französischen Rechten nicht daran gehindert, sie mehr oder weniger vorbehaltlos als Fortsetzung der Konterrevolution mit anderen Mitteln zu betrachten, vgl. René Remond: Les Droites en France, Paris 1982, S. 286.

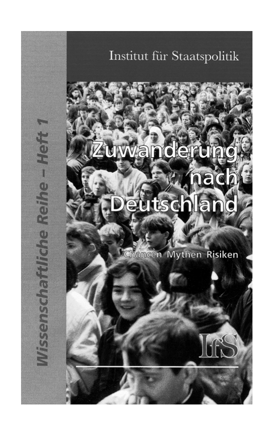
38 Vgl. dazu die keineswegs unkritische, aber im ganzen sehr sachliche Darstellung dieses Wandels bei Pierre-

André Taguieff: Sur la Nouvelle Droite, Paris 1994.
39 Einen gewissen Überblick bietet François Dirksen: Chronik einer Kampagne, in: *Criticón* 8 (1979) 54, S. 176–178.
40 Bezeichnend ist der etwas resignative Unterton in Mireille Montès (Pseudonym?): L'été de la nouvelle droite, in: *Éléments* (November-Dezember 1979) 32, S. 5–14; die Quintessenz lautet: „Man zitiert uns, ohne uns zu lesen" (hier S. 11).
41 de Benoist, droite, S. XII.
42 So wird in der Selbstdarstellung des GRECE heute behauptet, die Bezeichnung sei überhaupt nur von außen – durch die Medienkampagne von 1979 – entstanden, vgl. Manifeste pour une renaissance européenne. À la découverte du GRECE. Ses idées – Son histoire – Son organisation, Paris 2000, S. 16.
43 „In den Jahren um 1970 entfernte ich mich schrittweise von früheren Anschauungen. Ohne Renegat geworden zu sein, vertrete ich heute deutlich andere Inhalte als in den sechziger Jahren." Zit. nach Teichmann, Eichberg, S. 40.
44 Vgl. Gerd-Klaus Kaltenbrunner: Die neue Rechte – politisch heimatlos. Man trägt wieder konservativ, nur die CDU hat das noch nicht begriffen, in: *Deutsche Zeitung* vom 28. Juni 1974.
45 Als besonders perfide Beispiele für diese Art der Denunziation können dienen Lutz Bindernagel: Europa erwache! Frankreichs Rechte wollen das Abendland wachrütteln: die einen mit alten Ideen, die anderen mit neuer Gewalt, in: *Der Stern* (1979) 44, S. 80–86; und Jürg Altwegg: Die Eurofaschisten, in: *Die Zeit* vom 3. August 1979 und ders.: Nach den Büchern die Bomben von rechts. Die „Neue Rechte" in Frankreich – Was folgt den Attentaten von Bologna, München, Paris?, in: *Die Zeit* vom 6. Februar 1981. Außerdem der schon erwähnte Beitrag von Völklein, Nazis. Demgegenüber sehr bemerkenswert eine Einschätzung aus dem Umkreis der CDU-„Modernisierer", – Volker Benke: Die Neue Rechte, in: *Sonde* (1976) 1, S. 58–71, hier S. 59, es erscheine „... das pauschale und ungeprüfte Abheften der Neuen Rechten im Bereich des Rechtsradikalismus voreilig, unreflektiert und mindestens teilweise auch unzutreffend".
46 Jürgen Habermas: Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik, in: *Merkur* 36 (1982) 11, S. 1047–1061, hier S. 1052f., 1061.
47 „Tendenzwende" war ein Schlüsselbegriff der frühen siebziger Jahre. Er bezeichnete nicht nur die Reaktion auf den terroristischen Ausbruch und die mit dem sogenannten Ölschock verbundene Ernüchterung über die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer Industriegesellschaft, sondern allgemeiner die Abkehr von den hochgemuten Erwartungen des Jahres '68 und der Anfänge der sozialliberalen Koalition. Viele, die einmal das Verlangen nach großen Reformen unterstützt hatten, bekehrten sich zu einem „Konservatismus", der gesunden Menschenverstand und *common sense* betonte. Einer der Protagonisten dieser Linie, der Philosoph Hermann Lübbe, äußerte allerdings schon früh, daß die „Tendenzwende" zwar als Abkehr von den utopischen Konzepten der Linken zu verstehen sei, aber nicht die „... gegenstandslos gewordene Antithese von Progressismus und Konservativismus" (Fortschritt als Orientierungsproblem im Spiegel politischer Gegenwartssprache, in Clemens Graf Podewils (Hrsg.): Tendenzwende? Zur geistigen Situation in der Bundesrepublik, München 1975, S. 9–23, hier S. 22.) wiederbeleben dürfe. Die Tendenzwende diente eher der Neuorientierung für die, die wünschten, „... daß die Tassen im Schrank bleiben" (Hermann Rudolph: Eine konservative Welle?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. Dezember 1974), als der Organisation einer neuen intellektuellen Fraktion. Eine unmittelbare Verbindung zur Politik kam jedenfalls nicht zustande. Zwar suchte die CDU/CSU, die durch die Bundestagswahlen von 1969 in eine für sie ganz ungewohnte Oppositionsrolle geraten war, nach Verbündeten im vorpolitischen Raum und pflegte, vor allem in bezug auf die Neue Ostpolitik, eine aggressivere Rhetorik als in der Vergangenheit. Aber nicht nur die regen „Modernisierer" der Partei, sondern vor allem ihr traditioneller antiideologischer Affekt ließ sie immer zurückscheuen vor einer Liaison mit dem „... sacht in Mode kommenden Pseudokonservativismus", der sie – so Johannes Gross – auf „Ressentimentpflege verpflichten" (Chancen der Union, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. Februar 1974) wolle.
48 Caspar von Schrenck-Notzing: Die deutschen Konservativen und die Nation, in Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): Was ist deutsch? Die Unvermeidbarkeit eine Nation zu sein, *Herderbücherei Initiative,* Bd 39, Freiburg i. Br. 1980, S. 115–126, hier S. 123.
49 Hans Dietrich-Sander: Der nationale Imperativ. Ideengänge und Werkstücke zur Wiederherstellung Deutschlands, Krefeld 1980.
50 Bernard Willms: Die deutsche Nation. Theorie – Lage – Zukunft, Köln-Lövenich 1982, S. 310.
51 Hans Joachim Arndt: Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1978.
52 Peter Glotz: Mit härteren Bandagen. Nach den aufgebauschten Mikro-Konflikten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. November 1992.
53 Peter Glotz: Die deutsche Rechte. Eine Streitschrift, Stuttgart 1989, S. 11.
54 Vgl. Glotz, Rechte, S. 7.

55 Zur Terminologie vgl. Karlheinz Weißmann: Gibt es eine „Neue Rechte“?, in: *Deutsche Tagespost* vom 2. April 1994.
56 Vgl. Uwe Grewe: Parteienkrise. CDU am Scheideweg, Berlin 1993 und Heinrich Basilius Streithofen: Ist die CDU noch zu retten? Bilanz und Perspektive einer Volkspartei, München 1993.
57 Der Begriff „volkskonservativ“ ging auf den schon erwähnten Ullmann zurück, der ihn 1926 zuerst verwendete, um eine politische Position zu bestimmen, die sich nicht nur vom traditionalistischen Altkonservatismus, sondern auch von einem überzogen elitären „Jungkonservatismus“ absetzen sollte. Die entsprechende Parteibezeichnung – „Volkskonservative Reichsvereinigung“, dann „Konservative Volkspartei“ – wurde von einer Gruppierung verwendet, die vor allem aus DNVP-Dissidenten bestand, die den scharf republikfeindlichen Kurs Hugenbergs nicht mittragen wollten und eine Unterstützung Brünings anstrebten; vgl. Erasmus Jonas: Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, *Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien,* Bd 30, Düsseldorf 1965, S. 20–22.
58 Armin Mohler in einem Interview mit *Junge Freiheit* Nr. 12 vom Dezember 1992/Januar 1993.
59 Die Neigung Eichbergs zu höhnischen Kommentaren über die heutigen „Neuen Rechten“ spricht für sich, vgl. ders.: Der Unsinn der „Konservativen Revolution“. Über Ideengeschichte, Nationalismus und Habitus, in: *Wir selbst* 18 (1996) 1, S. 5–33.
60 Es sei hier ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der westdeutsche Konservatismus dem Phänomen *Nouvelle Droite* insgesamt mit erheblicher Skepsis gegenüberstand, sei es auf Grund liberalkonservativer – Eberhard Straub: Zurück ins arische Persepolis. Die Diskussion über „die neue Rechte“ in Frankreich, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. Juli 1970, und Johann Baptist Müller: Konvergenz und Distanz zwischen New Conservatism und Nouvelle Droite, in: *Politische Vierteljahresschrift* 22 (1981) 1, S. 69–90 – oder christlich-konservativer Vorbehalte, vgl. Christoph von Thienen: Die „Nouvelle École“ und der Eugenismus, in: *Zeitbühne* 8 (1979) 6, S. 45–54. Deutliche Sympathiebekundungen gab es nur von Seiten der Zeitschrift *Criticón,* ohne daß diese sich damit die Programmatik der *Nouvelle Droite* zu eigen gemacht hätte.
61 Roland Bubik: Der Standort des Jungen Konservatismus, in: *Junge Freiheit* Nr. 12 vom Dezember 1992/Januar 1993.
62 Claus Leggewie: Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987, S. 213.
63 Hans-Dietrich Sander: Die Auflösung aller Dinge, München 1989.
64 Hans-Dietrich Sander, Imperativ, S. 22.
65 Hans-Dietrich Sander: Wir fahren in die Hölle mit Pauken und Trompeten, in: *Staatsbriefe* 4 (1993) 1, S. 1f.
66 Hans-Dietrich Sander: Der 8. Mai 1945, eine Theodizee, in: *Deutsche Monatshefte* 36 (1985) 5/6, S. 3–5, hier S. 5.
67 Mechtersheimer scheint keinen Ehrgeiz darein zu legen, eine eigene Zeitschrift zu gründen. Er nutzt die Foren, die sich ihm sonst bieten und betreibt ansonsten einen Pressespiegel, der mit internen Informationen für die Deutschlandbewegung kombiniert wird.
68 Vgl. die frühe Grundlegung dieser Ideen in Alfred Mechtersheimer: Friedensmacht Deutschland, Frankfurt a. M. und Berlin 1993.
69 Vgl. Karlheinz Weißmann: Anarchismus von rechts. Ein Versuch, in ders.: Alles, was recht(s) ist. Ideen, Köpfe und Perspektive der politischen Rechten, Graz 2000, S. 125-134.
70 Günter Maschke: Nachwort des Herausgebers, in: Joseph de Maistre. Betrachtungen über Frankreich, herausgegeben und mit einem Nachwort und einer Bibliographie versehen von Günter Maschke, Wien und Leipzig 1991, S. 129–139, hier S. 138f.
71 Vgl. Karlheinz Weißmann: Die Nation denken, ursprünglich in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. April 1994, wiederabgedruckt in ders.: recht(s), S. 245–248.
72 So die Titel der Aufsätze von Andreas Kuhlmann in *Die Zeit* vom 16. Oktober 1992 und von Joachim C. Fest in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 21. Oktober 1992.
73 Allan Bloom: Der Faschismus hat Zukunft, in: *Europäische Rundschau* 17 (1989) 4, S. 27–31, hier S. 30.
74 Heinz Bude: So groß sind wir nicht, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. Januar 1994.
75 Rainer Zitelmann: Hitler – Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg 1987, zahlreiche Neuauflagen. Das Buch dürfte eines der einflußreichsten in der Zeitgeschichtsschreibung überhaupt sein.
76 Karlheinz Weißmann: Rückruf in die Geschichte (1992), Gregor Schöllgen: Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik (1993), Ernst Nolte: Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus (1993), Christian Striefler: Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik (1993), Manfred Kittel: Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer (1993).
77 Als ein „Vorläufer“ kann gelten Uwe Backes, Eckhard Jesse und Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus (1990), dann Rainer Zitelmann, Karlheinz Weißmann, Michael Großheim: Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland (1993) und schließlich

Heimo Schwilk und Ulrich Schacht: Die selbstbewußte Nation (1994). Einen aus linker Perspektive geschriebenen, aber im großen und ganzen brauchbaren Überblick liefert Maria Zens: Vergangenheit verlegen. Über die Wiederherstellung nationaler Größe im Hause Ullstein, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (1993) 11, S. 1364–1375.
78 Peter Glotz: Die Bewaffnung mit Identität, in: *Frankfurter Rundschau* vom 22. Januar 1994.
79 Rainer Zitelmann: Wohin treibt unsere Republik?, Frankfurt a. M. und Berlin 1994, S. 183.
80 Roland Bubik (Hrsg.): Wir '89er. Wer wir sind und was wir wollen, Frankfurt a. M. und Berlin 1995.
81 Bezeichnender Weise begegneten ihm Neo-Nationalisten und Anarchische Rechte mit Hohn und Spott.
82 Als eine Art Probelauf für diese Aktion hatte es im September 1994 einen „Berliner Appell" gegeben, der vor den Gefahren einer neuen „antifaschistisch-demokratischen Ordnung" warnte und der sogar in der *tageszeitung* vom 28. September 1994 abgedruckt wurde.
83 Zit. nach NN: „Gefährlich und unzulässig". Politiker und Medien streiten, ob ein Appell von rechts erlaubt ist, in *Focus* Nr. 16 vom 15. April 1995, S. 27.
84 Die Auseinandersetzung wurde so scharf geführt, daß sich die Deutsche Bischofskonferenz zu einem mahnenden Wort veranlaßt sah und in der *FAZ* geurteilt wurde, Bubis habe mit seinen Stellungnahmen den „… geistigen Bürgerkrieg erklärt"; Eckhard Fuhr: Überwunden, nicht befreit, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. April 1995.
85 Schon vorher hatte mit dem ehemaligen SPD-Verteidigungsminister Hans Apel ein Prominenter seine Unterschrift unter dem Appell zurückgezogen, bemerkenswerter Weise hielt der amtierende Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger an seiner Unterschrift fest, während der Unionsfraktionsvorsitzende, Wolfgang Schäuble, ausdrücklich vor einem „Rechtsschwenk" warnte; vgl. DW: Schäuble warnt Union vor Rechtsschwenk, in: *Die Welt* vom 13. April 1995. Nur nebenbei sei auf die im entscheidenden Augenblick immer ausweichende Haltung eines so prominenten konservativen Autors wie Johannes Groß verwiesen, der über „Endlose und törichte Auseinandersetzungen um die deutschen Feier- und Trauerakte zum 8. Mai" klagte, um dann eine „… bescheidene Friedensfeier im Reichstag mit den üblichen Reden der Notabeln, die sorgsam berichtet und von niemandem beachtet werden", vorzuschlagen; Notizbuch. Vorletzte Folge. Vierundzwanzigstes Stück, in: *Frankfurter Allgemeine Magazin* Nr. 790 vom 21. April 1995, S. 14.
86 Vgl. Thomas E. Schmidt: Die selbstbewußte Zivilisation. Die Neue Rechte wollte den 8. Mai für ihre Ziele nutzen, entfachte aber nur einen Sturm im Wasserglas, in: *Frankfurter Rundschau* vom 6./7. Mai 1995.
87 Diese Wahrnehmung wurde von links durchaus geteilt, vgl. Norbert Seitz: Die „What's right?"-Debatte. Das zaghafte Herantasten an eine zivile Rechte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte.* Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament,* B 10 vom 3. März 1995, S. 23–27.
88 Vgl. die entsprechende Themenausgabe von *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 41 (1994) 9.
89 Vgl. Dt. [d. i. Stefan Dietrich]: Rechtsintellektuelle unter Beobachtung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Mai 1995. Vgl. Niedersächsisches Innenministerium (Hrsg.): Verfassungsschutz 1994, Hannover o. J. [1995], S. 14f. Der Bericht erschien nach der Veranstaltung im Mai, besonders amüsant der Hinweis darauf, die *Junge Freiheit* werde vom Verfassungsschutz „gelesen" (S. 15). Vgl. zu dieser sukzessiven Beobachtung durch die Einrichtungen des Verfassungsschutzes Steffen Kailitz: Die „89er" und die Renaissance des „Jungkonservatismus", in: *Jahrbuch Extremismus und Demokratie* 8 (1996), S. 161–180, hier S. 161. Der Aufsatz ist ansonsten ein wenig empfehlenswertes Beispiel für „Extremismusforschung".
90 Richard Herzinger: Strategen der Retourkutsche. Zum Aufruf „8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen", in: *die tageszeitung* vom 15./16. April 1995.
91 So Hans Joachim Schwagerl: Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden, Frankfurt a. M. 1995, S. 15, vgl. S. 102. Ganz ähnlich Thomas Assheuer und Hans Sarkowicz: Rechtsradikale in Deutschland: Die alte und die neue Rechte, München 1990.
92 Als frühe Vertreterin dieser These Margret Feit: Die „Neue Rechte" in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie – Strategie, Frankfurt a. M. und New York 1987. Als jüngste Beispiele Alice Brauner-Orthen: Die Neue Rechte in Deutschland – antidemokratische und rassistische Tendenzen, Opladen 2001 und Johannes Jäger: Die rechtsextreme Versuchung, Münster 2002. Im übrigen folgt praktisch die ganze antifaschistische Kampfliteratur diesem Muster.
93 Hans-Martin Lohmann (Hrsg.): Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation, Frankfurt a. M. 1994. Gemeint ist ein Extremismus der Mittelschichten, aber auch, daß (rechts)extremistische Gedankengänge bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen seien. Zur Kritik vgl. Uwe Backes und Eckhard Jesse: Extremismus der Mitte? – Kritik an einem modischen Schlagwort, in: *Jahrbuch Extremismus und Demokratie* 7 (1995), S. 13–26.
94 Vorübergehend war es in Mode, den Kreis der Verdächtigen noch weiter auszudehnen und die „Neue Rechte" als eine Art westlichen „Fundamentalismus" zu betrachten, vgl. Matthias von Hellfeld (Hrsg.): Dem Haß keine Chance. Der neue rechte Fundamentalismus, Köln 1989, Richard Herzinger und Hannes Stein: Endzeit-

Propheten oder Die Offensive der Antiwestler: Fundamentalismus, Antiamerikanismus und Neue Rechte, Reinbek bei Hamburg 1995.
95 Den ältesten Beleg für diesen Begriff bei Wolfgang Gessenharter: Die „Neue Rechte" – Scharnier zwischen Bürgerlichen und Radikalen, in: *Frankfurter Rundschau* vom 29. März 1989, für die rasche Rezeption spricht zum Beispiel Gerhard Paul: Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus in den achtziger Jahren, in ders. (Hrsg.): Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn [2]1990, S. 11–48, hier S. 40. Dabei betont Paul allerdings, daß diese Scharnierfunktion auch nach links hin, also zur Friedens- und Ökologiebewegung ausgeübt werde. Ansonsten wäre noch eine große Zahl von Titeln zu nennen, die in ermüdender Weise immer dieselbe These wiederholen, zum Beispiel Michael Venner: Nationale Identität – die Neue Rechte und die Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus, Köln 1994.
96 Diesem Konzept ist auch zuzurechnen die scheinbar um Wahrnehmung der Pluralität bemühte Arbeit von Susanne Mantino: Die „Neue Rechte" in der „Grauzone" zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Eine systematische Analyse des Phänomens „Neue Rechte", *Europäische Hochschulschriften,* Reihe 31: Politikwissenschaft, Bd 199, Frankfurt a. M. 1992.
97 Zusammenfassend Wolfgang Gessenharter und Helmut Fröchling: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Deutschland, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 550–571. Es gehört zu den Pikanterien von Gessenharters Veröffentlichungspraxis, daß er bei aller Emphase für den intellektuellen Verfassungsschutz kein Problem hat, mit Linksextremisten gemeinsam aufzutreten und zu publizieren; ein Sachverhalt, den er regelmäßig damit rechtfertigt, daß es einen qualitativen Unterschied zwischen „links" und „rechts" gebe.
98 Da es der Verfasser versteht, seine schmale These in immer neuen Varianten zu präsentieren, sei hier nur stellvertretend genannt Armin Pfahl-Traughber: Konservative Revolution und neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998; ganz unterhaltsam wirkt der Versuch, im nachhinein die Verfassungsfeindlichkeit der Konservativ-Revolutionären nachzuweisen.
99 Uwe Backes und Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik, Berlin, 1993, S. 472. Vgl. dies.: Neue Linke und Neue Rechte – Ein Vergleich, in: *Jahrbuch Extremismus und Demokratie* 5 (1993), S. 7–28, sowie Eckhard Jesse: Wie groß ist die Gefahr von rechts?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. Dezember 1992.
100 Was es dann auch unmöglich machen würde, eine so weit von den bisher angesprochenen Phänomenen entfernte Bewegung wie die amerikanische *New Right,* die vor allem aus dem christlich-konservativen Spektrum der späten siebziger und achtziger Jahre entstand, in diesen Zusammenhang einzuarbeiten, wie das schon zu erkennen ist bei Iring Fetscher (Hrsg.): Neokonservative und „Neue Rechte". Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik, München 1983; einen Zug ins Wahnhafte nimmt das ganze an bei Michael Minkenberg: Die neue radikale Rechte im Vergleich: USA, Frankreich, Deutschland, Opladen 1998. Die Arbeit von Minkenberg wurde übrigens 1997 an der Universität Göttingen als Habilitationsschrift akzeptiert.
101 Stefan Breuer: Ideologische Familien der deutschen Rechten, in: *Kursbuch* (Dezember 1998) 134, S. 66–78.
102 Vgl. Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1979, S. 31.
103 Thomas Pfeiffer: Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland, hrsg. vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf o. J. [2003], S. 11f.
104 Vgl. Pfeiffer, Kultur, S. 8.
105 Sehr bezeichnend für die Konstruktion irreführender Traditionslinien Kurt Lenk, Günter Meuter und Henrique Ricardo Otten: Vordenker der Neuen Rechten, Frankfurt a. M. 1997.
106 Vgl. Pfeiffer, Kultur, S. 38.
107 Vgl. Armin Mohler: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch, Graz [5]1999, S.142. Dort heißt es über die Gruppe der Jungkonservativen: „Sie ist ... die einzige, welche zu ihrer Umwelt, der Weimarer Republik, nicht in unversöhnlichem Gegensatz steht. Sie bleibt darum auch die einzige, die von dieser Umwelt in ihr Gespräch einbezogen wird ...".
108 Vgl. das Vorwort des Innenministers Fritz Behrens in Pfeiffer, Kultur, S. 1f., hier S. 2.
109 Pfeiffer, Kultur, S. 60.
110 Karlheinz Weißmann: Neokonservatismus in der Bundesrepublik?, in: *Criticón* (1986) 96, S. 176–179, hier S. 179.
111 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, *Werke,* Bd 12, Frankfurt a. M. 1970, S. 532.
112 Über die Funktion dieser „neuen Zensur" Caspar von Schrenck-Notzing: Zensur – einst und jetzt, in Hans-Helmuth Knütter und Stefan Winckler (Hrsg.): Der Verfassungsschutz. Auf der Suche nach dem verlorenen Feind, München 2000, S. 25–38.



Zuwanderung nach Deutschland

Chancen Mythen Risiken

Wissenschaftliche Reihe – Heft 1
Arbeitsgruppe 3 im Institut für Staatspolitik

August 2001 · 30 Seiten · € 8

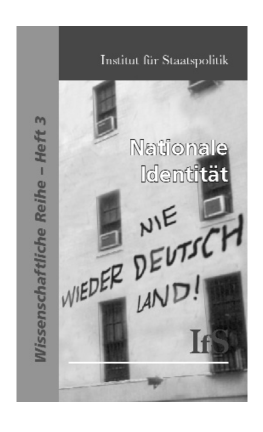


Der Aufstand der Anständigen

Hintergründe und Erklärungsansätze

Wissenschaftliche Reihe – Heft 2
Arbeitsgruppe 2 im Institut für Staatspolitik

August 2001 · 48 Seiten · € 8



Nationale Identität

Wissenschaftliche Reihe – Heft 3
Arbeitsgruppe 1 im Institut für Staatspolitik

November 2001 · 32 Seiten · € 8



Institut für Staatspolitik
Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
www.staatspolitik.de